

Heike Möller (Hrsg.)

BRANDENBURG AUF DEM WEG IN DIE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT?

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)
Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam
Tel.: 0331 / 704 89 66 | Fax.: 0331 / 270 86 90
www.venrob.org
Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Ausgabe 9 (2019)

Heike Möller (Hrsg.): Brandenburg auf dem Weg in die Zukunftsfähigkeit?

Abbildungen

Cover: Baruther Schlossgespräche am 26.9.2019, Gruppenbild mit Bürgermeister Peter Ilk (© Vanessa Birnbaum)

S. 25: © Tatjana Pott

S. 26: © Kohleausstieg Berlin (www.flickr.com/photos/kohleausstiegberlin)

S. 27: © Hai Bluhm (oben links, Mitte rechts); © Heike Möller (oben rechts, Mitte links, unten rechts u. links)

S. 28: © Simone Holzwarth (oben links, Mitte rechts, unten rechts u. links); © Heike Möller (oben rechts, Mitte links)

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© WeltTrends, Potsdam 2019

Satz: Max Haberstroh

Layout: Kathrin Windhorst / kwikwi.org

Druck: solid earth, Berlin

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Produziert mit 100% Ökostrom.

ISBN 978-3-947802-31-9

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Justiz und für
Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.



Inhalt

Mit Nachhaltigkeit ins postfossile Zeitalter	2
<i>Heike Möller</i>	
Mit Kenia Brandenburg entwickeln?	4
<i>Uwe Prüfer</i>	
Nachhaltigkeit für Brandenburg stärken	5
Die Funktion der landeseigenen Plattform und die Rolle des IASS	
<i>Ortwin Renn</i>	
Nachhaltigkeit in Brandenburg	8
Welchen Kurs nimmt das Flaggsschiff Landesnachhaltigkeitsstrategie?	
<i>Martin Pohlmann</i>	
Agenda 2030	13
Gemeinsam Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen	
<i>Michael Krake</i>	
Kommunale Entwicklungspolitik als Baustein der nachhaltigen Entwicklung in Beelitz	17
<i>Michael Steinland</i>	
Wir sind nicht unterentwickelt – ihr seid anders!	20
<i>Stephanie Günther, Julia Wasmuth, Carolin Stolz</i>	
Best-Practice-Beispiel für Weltoffenheit und Nachhaltigkeit in Werder (Havel)	23
<i>Simone Holzwarth</i>	
Highlight entwicklungspolitischer Arbeit in Brandenburg	25
Entwicklungspolitische Fachtagung am 22. März 2019 in der Investitionsbank des Landes Brandenburg	
<i>Heike Möller</i>	
10 Jahre Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg	31
Eine Zusammenfassung des 10. RTEP Brandenburg 2019	
<i>Harald Melzer, Heike Möller, Uwe Prüfer</i>	
Zur Erhebung über Aktivitäten für eine global nachhaltige Entwicklung in Brandenburger Kommunen 2018	43
<i>Uwe Prüfer</i>	
Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern	46
Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten	
<i>Strategiepapier des „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“</i>	
Niemanden zurücklassen!	51
Für eine weltoffene, solidarische Gesellschaft – gerade jetzt!	
<i>Eine Positionierung ostdeutscher entwicklungspolitischer NGOs und Einrichtungen</i>	

Mit Nachhaltigkeit ins postfossile Zeitalter

Reden wir übers Wetter: Auch 2019 gab es wieder einen Sommer mit Rekordtemperaturen, die dem wohltemperierten Mitteleuropäer das Wasser aus allen Poren trieb, währenddessen der Mais auf den Feldern verdorrte und der Grundwasserspiegel sank. Das hat zumindest partiell das Bewusstsein für die globalen Auswirkungen des Klimawandels geschärft und für den nötigen „Ruck“ in der heranwachsenden Generation gesorgt. Junge Menschen gehen aus Angst vor der ungewissen klimatischen Zukunft weltweit auf die Straße und protestieren gegen ein „Weiter so“. Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit, sogenannte Resilienzen, haben Konjunktur.

Hierzulande bekommen auch die Verweigerer des Fortschritts in Gestalt der AfD Auftrieb. Nicht immer zu Unrecht legen die Vertreter*innen dieser Partei den Finger in die Wunde. Das macht sie allerdings noch nicht zu Volksvertreter*innen, denen man nachsagen könnte, sie seien „lupenreine“ Demokraten. Man möchte nicht wirklich wissen, zu welchem gestalterischem Willen sie in der Politik fähig sind. Deshalb lässt man sie außen vor und hofft auf Selbstzerstörung vor weiterer Radikalisierung; mit Schmuttelkindern spielt man nicht.

Wir leben in einer Überflussgesellschaft, in der nicht alle am Wohlstand partizipieren und andere die Bodenhaftung verloren zu haben scheinen. Eine Gesellschaft, die nach außen geeint und nach innen von einer Spaltung bedroht ist. Nicht nur die Zeit heilt Wunden, auch das Aufeinanderzugehen und das Interesse füreinander. Das Fremde ist nicht automatisch feindlich und umgekehrt, liegt im Bekannten doch so manch beklemmende Feindseligkeit. Jede Zeit verlangt nach richtungsweisenden Entscheidungen. Das „Wie“ ist eine Stilfrage. Moderne Demokratien verlangen nach Partizipation, nicht nach Volksentscheidungen. Ersteres bedeutet Anteilnahme und Aufwand für jeden Einzelnen, Letztere führen oft ungewollt ins Chaos. Gerade denjenigen, die gehört werden müssten, lässt der alltägliche Kampf ums Überleben oft nicht die nötige Kraft für demokratische Teilhabe übrig. Umso wichtiger ist es, auch in ihrem Sinne Entscheidungen voranzutreiben.

Wir haben die Entscheidung gefasst, auch in diesem Jahr mit Heft 9 der Schriftenreihe *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* ein Kaleidoskop von Beispielen aus der entwicklungspolitischen und nachhaltigen Praxis in unserem schönen Brandenburg vorzustellen. Allen voran sei Ortwin Renn genannt, geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor des in Potsdam ansässigen Instituts für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) und Tausendsassa auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung. Er betreut im Auftrag der Landesregierung von Brandenburg die 2018 eingerichtete Plattform „Nachhaltigkeit“, die landesweit Initiativen für eine regional nachhaltige Entwicklung vernetzt und wissenschaftlich unterstützt. In seinem Beitrag beschreibt er die Konzepte ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Nachhaltigkeit und arbeitet die zentralen Überschneidungen heraus. Ihre Voraussetzungen sind eine funktionierende Kreislaufwirtschaft, nachhaltige zukunftsorientierte Beschäftigungssysteme im digitalen Leben und soziale Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Dazu zählen politische Formen der Konfliktlösung im nationalen und globalen Kontext sowie die Wahrnehmung der eigenen sozialen Identität.

Angedockt an eine Schnittstelle ist die im Mai 2019 von der brandenburgischen Landesregierung beschlossene Fortschreibung der „Nachhaltigkeitsstrategie“. Martin Pohlmann vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL) beschreibt den beschwerlichen Weg von den Anfängen bis hin zur Umsetzung. 15 von den 17 Nachhaltigkeitszielen geben den Rahmen vor, innerhalb dessen aufwendig Indikatoren entwickelt wurden, die eine Mess- und Vergleichbarkeit der Maßnahmen und Outputs ermöglichen sollen. Allerdings gibt es auch

kritische Stimmen von Seiten der NGOs. Ihre gemeinsamen Forderungen zur Nachhaltigkeitspolitik an den Landtag und die künftige Landesregierung haben zivilgesellschaftlichen Vereine und Landesverbände in ihrer Erklärung „Herausforderungen für eine langfristige Nachhaltigkeitspolitik in Brandenburg“ formuliert. Darin wird die jüngste Fortschreibung 2019 der Landesnachhaltigkeitsstrategie und die bisherige Umsetzung als unzureichend kritisiert und ein Anforderungskatalog präsentiert.

Eine weitere Schnittstelle ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern auf Grundlage der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2014 gelegten Zukunftscharta „EINWELT – Unsere Verantwortung“. Hier gibt es das Angebot für Unternehmen, die entwicklungspolitische Expertise des BMZ bei der Findung nach geeigneten Partnerschaften und Kooperationen in Handel, Produktion und Ausbildung in Anspruch zu nehmen. Michael Krake vom BMZ berichtet über eine Reihe von erfolgreichen Projekten in Brandenburg, unter anderem von kommunalen Klimapartnerschaften.

Wer wissen will, wie die Abwanderungsspirale aus den ländlichen Gebieten in die Stadt umgedreht werden kann, sollte sich umgehend mit der Beelitzer Erfolgsstory befassen. Die mit Abstand charmanteste und dauerhaft identitätsstiftende Idee war die der Babywillkommensbäume. Seit die Stadt einen Koordinator für Kommunale Entwicklungspolitik in Person des Ökologen Michael Steinland beschäftigt, zieht sich der Nachhaltigkeitsgedanke in vielen gut umgesetzten Konzepten zu Bildung, Stadtentwicklung und Immobilienmanagement, Mobilität, Gesundheitsvorsorge und -versorgung, Kultur, Biodiversität und identitätsstiftenden Maßnahmen durch wie ein grüner Faden.

Die Eine-Welt-Promotorinnen des Diakonischen Werks Teltow Fläming e.V. Stephanie Günther, Julia Wasmuth und Carolin Stolz geben einen Einblick in ihren entwicklungspolitischen Arbeitsalltag anhand von drei Anekdoten, die davon handeln, wie anders (oder praxisorientierter?) die Menschen auf dem Land ticken und wo ihre Bedürfnisse liegen. Simone Holzwarth berichtet davon, was sich in Werder (Havel) tut, angefangen von den vielfältigen Initiativen des Uferwerks, wie die Gründung des Vereins Stadt-Land.move und das Aktionsbündnis Brandenburg, das neben anderen die Aktionswoche Weltoffenes Werder vom 24. bis 31. August ausgerichtet hat.

Der dokumentarische Teil dieser Ausgabe beinhaltet eine Zusammenfassung des „Entwicklungspolitischen Fachtages“ in Potsdam sowie eine Kurzfassung des Round Table Entwicklungspolitik 2019. Daraus geht das in mehreren Schritten und mit vielen unterschiedlichen Stakeholdern partizipativ entwickelte Strategiepapier „Austausch fördern – Menschen überzeugen – Akzente setzen“ hervor.

Schlusspunkt setzt das Positionspapier „Niemanden zurücklassen! Für eine weltoffene, solidarische Gesellschaft – gerade jetzt!“, in dem mehr als 70 ostdeutsche entwicklungspolitische NGOs und Einrichtungen u.a. erklären, warum 30 Jahre nach dem Mauerfall Rassismus und Nationalismus ihre entwicklungspolitische Arbeit untergraben und was sie dagegen tun und fordern.

„Eine ernsthafte Nachhaltigkeitswende ist nicht bevormundend, sondern ermöglicht Freiheit, langfristig und weltweit durch klare Rahmensetzungen und Spielregeln, wenn wir Freiheit ethisch und rechtlich neu und richtig interpretieren“ schreibt Felix Ekardt in seinem umfangreichen Kompendium zur „Theorie der Nachhaltigkeit“. Und weiter: „Eine postfossile Welt ist auch nicht langweilig und traurig, sondern bietet neue Perspektiven für ein glückliches, gelingendes Leben.“

Dann mal nichts wie los in die schöne, neue und postfossile Welt!

Potsdam im November 2019

Heike Möller



Mit Kenia Brandenburg entwickeln?

An diesem Bonmot lässt sich schwerlich vorbeikommen, denkt man über die zukünftige Entwicklungspolitik im Land Brandenburg nach. Noch wird die Koalition in Schwarz-Rot-Grün ausgehandelt: bei der kenianischen Flagge in dieser Reihenfolge angeordnet sowie leicht getrennt durch dünne weiße Linien. Noch sind die Konturen der Landesregierung und die Zielrichtung zukünftiger Landespolitik zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Heftes unscharf. Ob es nun also ein gutes Omen ist, dass in der Spitzengruppe immer Menschen in Schwarz-Rot-Grün dabei sind – ich meine jetzt bei internationalen Langstreckenläufen – wird sich zeigen.

Um in diesem Bild zu bleiben: Sicher ist, dass es für die Umsetzung einer den Herausforderungen der Zeit angemessenen Landesnachhaltigkeitsstrategie und Entwicklungspolitik der Landesregierung jener rasanten Schnelligkeit und legendären Ausdauer bedarf, die denen der kenianischen Spitzenläufer*innen ebenbürtig ist. Es haben sich bereits auch hierzulande Menschen mit dem Ziel Nachhaltigkeit auf die Brandenburger Wege (bewusst als Plural) gemacht. Dass dabei Lokales, Regionales und Globales keine nacheinander abzulaufenden Etappen sind, sondern ineinander verwoben, dürfte auch jenen klar sein, die noch ziemlich weit von der Startlinie entfernt sind. Ein paar Schritte vorangekommen sind die zeitig Gestarteten dabei schon, aber ihre Strecken sind noch sehr weit, das sandig-steinige Gelände birgt manche Stolpergefahr, am Braunkohlenparcours zum Beispiel könnte es noch mal spannend werden.

Eine Orientierungshilfe im Themenfeld bietet für die neue Landesregierung und andere Entscheidungsträger*innen das Strategiepapier „Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern. Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten“ des Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg, RTEP (siehe S. 46–50). Es wurde seit Herbst 2018 in einem transparenten Prozess diskutiert und zum 10. Treffen am 8.4.2019 von den nichtstaatlichen Akteur*innen des Gremiums einstimmig verabschiedet. Das Papier zielt auf die umfassende Einbeziehung von unterschiedlichem Know-how, die Schaffung von Transparenz, den Anspruch auf Aktualität und nicht zuletzt die Mithilfe bei einer dauerhaften Verankerung der Entwicklungs-, Nachhaltigkeits- und Europapolitik in einer von Veränderungswillen geprägten Landespolitik. Die Stakeholder des Gremiums geben darin u. a. ein klares Statement zu ihrer Weiterarbeit ab: „Der RTEP bleibt der richtige Ort, die Vielfalt der Akteur*innen und ihrer Ansätze in der Kommunikation aufzugreifen und Kohärenz zu schaffen.“

Andere Netzwerke und Vereine waren natürlich im Wahljahr ebenfalls besonders aktiv. VENROB hat sich in einem Schreiben an politische Parteien gewandt, die zur Landtagswahl angetreten waren. Eine zentrale Forderung ist, „[...] dass der neue Landtag und die neu zu formierende Landesregierung auf die umfassende Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien Brandenburgs achten und ihre Weiterentwicklung in der Legislatur anschlussfähig an die SDGs und die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie sicherstellen“ sollen.

Nochmals zum Omen: Einen positiven Fingerzeig gibt es insofern schon mal, als die in Schwarz-Rot-Grün Laufenden vor allem bei den Hindernisrennen und Crossläufen durch unwegsames Gelände so richtig gut sind. Siegen klappt (nicht nur) bei ihnen am besten, wenn das gesamte Team seine Spitzenleute unterstützt und sie im entscheidenden Moment in die beste Ausgangsposition bringt.



Uwe Prüfer, 2. Sprecher VENROB e.V.

Nachhaltigkeit für Brandenburg stärken

Die Funktion der landeseigenen Plattform und die Rolle des IASS

Ortwin Renn

Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)



Was heißt nachhaltige Entwicklung?

Innerhalb der Diskussion um nachhaltige Entwicklung wird in der Regel zwischen ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Nachhaltigkeit unterschieden. Der Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsdiskussion liegt eindeutig auf den ökologischen Voraussetzungen für den Erhalt langfristig existenzsichernden und der Humanität verpflichteten Lebensbedingungen. Zunächst einmal ist offenkundig, dass aufgrund der Begleiterscheinungen von Klimawandel, Urbanisierung und Bevölkerungswachstum drei übergeordnete Zielvorstellungen parallel angestrebt werden: die *Dekarbonisierung*, die *Dematerialisierung* und die *Renaturalisierung*.

Die Dekarbonisierung betrifft vorwiegend den Bereich Energie und leitet auch in die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung über. Dekarbonisierung heißt nicht, auf jeden Kohlenstoff zu verzichten, sondern das Ausmaß der Emissionen von Kohlenstoffen in die Luft und andere Medien zu begrenzen. Dematerialisierung bedeutet, dass die Produktion von Waren und Dienstleistungen mit weniger Rohstoffen und Material auskommen soll und die eingesetzten Materialien in einer Kreislaufwirtschaft (*circular economy*) eingebettet werden. Wiederverwendung, Wiederverwer-

tung und Recycling sind hier die wesentlichen Stichworte. Und Renaturalisierung bedeutet, dass wir mit Flächen sehr viel ökologischer umgehen und diese weitgehend den natürlichen Kreisläufen überlassen müssen, um deren Ökodienstleistungen auch in Zukunft in Anspruch nehmen zu können.

Wenn wir das Konzept der Nachhaltigkeit ausweiten und nicht nur die ökologische Komponente, sondern auch die Ökonomie in den Blick nehmen, sehen wir weitere zentrale Überschneidungen. Einerseits brauchen wir aus Sicht der Nachhaltigkeit eine funktionierende Kreislaufwirtschaft, die in der Dekarbonisierung und Dematerialisierung ihre entsprechende Umsetzung findet. Andererseits bedeutet nachhaltige Ökonomie auch nachhaltige Beschäftigungssysteme. Hier sehen wir vor allem durch die Digitalisierung extreme Veränderungen, die für die Nachhaltigkeit von immenser Bedeutung sind. Sowohl die Zahl als auch die Qualität der künftigen Arbeitsplätze werden von der Digitalisierung radikal verändert. Wie das nachhaltig zu gestalten sein wird, ist noch weitgehend offen.

Damit ist auch der dritte und letzte Bereich der Nachhaltigkeitsdiskussion verbunden: die soziale Nachhaltigkeit. Soziale Nachhaltigkeit umfasst drei wesentliche Punkte. Zunächst soziale Gerechtigkeit, also die ungleiche Ver-

teilung von Ressourcen. Es ist offenkundig, dass die Globalisierung zwar mehr Ressourcen für alle mobilisiert, dabei aber die ungleiche Verteilung dieser Ressourcen begünstigt hat. Auf der anderen Seite hat sich die Diskrepanz zwischen „sehr reich“ und „sehr arm“ ständig vergrößert. Das schafft Unmut und soziale Verwerfungen. Der zweite Punkt der sozialen Nachhaltigkeit betrifft das Thema „demokratische, selbstbestimmte und politische Formen der Konfliktlösung“. Dort erleben wir sehr große Verwerfungen, die teilweise auch als Gegenbewegung zur Globalisierung zu sehen sind. Der letzte Punkt im sozialen Bereich berührt die Frage menschlicher Identität. Identität heißt: Wie nehmen wir uns selber wahr, an welchem Menschen- und Selbstbild orientieren wir uns? Im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung steht die Identität unter Druck. Globalisierung macht den Einzelnen unbedeutend. Digitalisierung macht den Einzelnen überflüssig. Das hemmt die Ausbildung und die Wahrung sozialer Identität. Bislang gibt es noch kein überzeugendes und wirksames Konzept, das die soziale Identität mit den derzeitigen großen Transformationsbewegungen, verbindet.

Was heißt nachhaltige Entwicklung für Brandenburg

Alle drei Aspekte der Nachhaltigkeit sind auch für das Land Brandenburg von großer Bedeutung. Dekarbonisierung hat gerade mit der Braunkohletradition im Lande einen schweren Stand, der Wechsel hin zu einer Kreislaufwirtschaft ist in einer strukturschwachen Region nicht einfach zu bewerkstelligen und die Frage der kulturellen und regionalen Identität ist nach den vielen Umbrüchen der letzten Jahre weiterhin auf der politischen Tagesordnung.

Für eine effektive, effiziente und auch von der Bevölkerung mitgetragene Transformation in Richtung nachhaltige Entwicklung ist zum einen eine lokale Verankerung der Aktivitäten mit einem Schwerpunkt auf die besonderen natürlichen und sozialen Voraussetzungen im

Land und zum anderen eine Vernetzung der verschiedenen lokalen Aktivitäten zu einer regionalen Einheit unabdingbar. Von daher hat die Landesregierung von Brandenburg das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam gebeten, eine Landesplattform Nachhaltigkeit zu gründen und zu betreuen. Ziel der Plattform ist es, die Initiativen in Brandenburg zu einem Netzwerk zusammenzuschließen und gemeinsam nach landesspezifischen Formen der Umsetzung nachhaltiger Praktiken zu suchen.

Die Plattform hat darüber hinaus die Aufgabe, das Bewusstsein in der Bevölkerung für Nachhaltigkeit zu stärken und konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen, um die Ziele der landeseigenen Nachhaltigkeitsstrategie umzusetzen. Mithilfe der Plattform „Nachhaltigkeit“ sollen die vielen, heute noch nicht vernetzten, Initiativen des Landes miteinander verbunden werden. Es gilt, Synergien herauszuarbeiten und gemeinsame Projekte und Initiativen ins Leben zu rufen sowie ein Kommunikationsforum und eine Koordinationsstelle für die vielfältigen Aktivitäten der Akteur*innen vor Ort zu schaffen.

Aufgabe des IASS

Das IASS ist in von seinem Ansatz und Konzept transdisziplinär und partizipativ ausgerichtet. Transdisziplinäre Forschungsprozesse umfassen neuartige Verfahren zur integrativen Einbeziehung von Wissenschafts- und Praxiswissen, das zur Lösung von gesellschaftlich relevanten Problemen beiträgt. Die meisten Projekte des IASS dienen nach diesem transdisziplinären Verständnis nicht nur der wissenschaftlichen Erforschung der Nachhaltigkeit, sondern auch der Politik- und Gesellschaftsberatung, um Entscheidungsträger*innen sowie die von Veränderungen betroffenen Gruppierungen in Dialoge über konkrete Handlungsorientierungen und Maßnahmen einzubinden. In den letzten fünf Jahren sind eine Vielzahl solcher Kombinationsprozesse zwischen wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung und

praktischer Umsetzung am IASS eingeleitet und umgesetzt worden. Es würde hier zu weit führen, diese Aktivitäten im Einzelnen auszuführen. Die Projekte sind auf der Website des Instituts ausführlich beschrieben (www.iass-potsdam.de/de/forschung).

Das Institut betreut zurzeit auch zwei ähnlich gelagerte Plattformen: Zum einen die Wissenschaftsplattform „Nachhaltigkeit 2030“, die als Teil der deutschen Nachhaltigkeitsarchitektur die Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in Deutschland begleitet. Zum anderen die Plattform „Global Sustainability Strategies“, in der die führenden Nachhaltigkeitsinstitute der Welt vertreten sind und einmal jährlich für eine Woche nach Deutschland kommen, um den Stand der Nachhaltigkeit weltweit zu reflektieren. Neben diesen Plattformen führt das IASS auch mehrere größere Projekte im Land durch. So arbeitet das IASS gemeinsam mit lokalen Akteur*innen in der Lausitz, um einen ökologisch verträglichen, wirtschaftlich zukunftsfähigen und sozial ausgeglichenen Strukturwandel in der Lausitz zu begleiten. Besonderer Schwerpunkt ist dabei die gleichmäßige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in eine lebendige und tragfähige Zukunft. Dazu gehören neue wirtschaftliche Impulse für nachhaltige Energieversorgung und Landwirtschaft, mehr Bildungs- und Freizeitangebote, um den Standort Lausitz auch für junge Menschen und Familien attraktiv zu gestalten, und ein kultureller Umdenkungsprozess, in dem die Stärken und die Traditionen der Lausitz integraler Bestandteile einer positiven Zukunftsentwicklung werden.

Schnittstelle mit Nachhaltigkeitsstrategie des Landes

Wie Martin Pohlmann in seinem Beitrag ausführte, ist die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes auf die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, den sogenannten SDGs, ausgerichtet. Der Hauptteil der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie beschäftigt sich vor allem mit 15 Nachhaltigkeitszielen, die aus

Sicht der Landesregierung für Brandenburg von besonderer Bedeutung sind. Dazu werden auch konkrete Landesziele und Indikatoren definiert. Im Rahmen der Fortschreibung wird explizit die vom IASS betreute Nachhaltigkeitsplattform als Börse für den Austausch nachhaltiger Praktiken aufgeführt.

Von daher beteiligt sich das IASS in zweifacher Weise an der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie. Zum einen war es an der Kommentierung und Ergänzung der Indikatorenliste direkt beteiligt, zum anderen fließen über die Plattform Vorschläge und praktische Empfehlungen in die Politik der Landesregierung ein. Es bleibt zu hoffen, dass diese Kommunikation auch mit der neuen Landesregierung fortgeführt werden kann und somit die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit in Brandenburg Schritt für Schritt weitergeführt wird.

Nachhaltigkeit in Brandenburg

Welchen Kurs nimmt das Flaggschiff Landesnachhaltigkeitsstrategie?

Martin Pohlmann

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL)



Vor zehn Jahren startete in Brandenburg die erste rot-rote Koalition. Die Nachhaltigkeitsstrategie (LNHS), deren wichtigste Impulsgeber aus der Partei Die Linke kamen, hat in den vergangenen Jahren seinen Schwung verloren. Was war, was bleibt, was soll werden aus dem Projekt Landesnachhaltigkeitsstrategie?

Aufbruch

Umweltministerin Anita Tack von der Fraktion Die Linke überraschte 2009 viele mit ihrer Ankündigung, die Erstellung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie zu ihrem zentralen Regierungsprojekt zu machen. Sie berief den Nachhaltigkeitsbeirat, der bereits in der vorherigen Legislaturperiode existierte, neu als reines Sachverständigengremium. Außerdem richtete sie eine interministerielle Arbeitsgruppe ein, die von ihrem Staatssekretär (beziehungsweise von seiner Amtsnachfolgerin) geleitet wurde. Der aber wohl wichtigste Baustein des Projektes war die aufwendige Beteiligung der Öffentlichkeit. Rückendeckung verschaffte ihr ein Landtagsbeschluss, der unter anderem Eckpunkte einer Landtagsstrategie und die Wiederberufung des Nachhaltigkeitsbeirates forderte.¹

¹ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w5/drs/ab_0200/290.pdf

Entsprechend groß war das Interesse an der Auftaktveranstaltung zur Strategieerstellung, zu der die Ministerin im März 2011 nach der Verabschiedung der Strategieeckpunkte einlud. Nachfolgend fanden eine Reihe von Workshops zu möglichen Handlungsschwerpunkten der Strategie und ein Jugendforum statt. Im Dezember 2013 stellte die Ministerin den Strategieentwurf öffentlich zur Diskussion und holte Kommentare mittels einer Internetkonsultation ein. Parallel dazu verabschiedete die Landesregierung Entwicklungspolitische Leitlinien, die nachhaltige Entwicklung als zentrales Leitbild enthalten.²

Der Nachhaltigkeitsbeirat beteiligte sich intensiv an jeder Etappe dieses Prozesses. Aus seiner Feder stammt ein vier Bereiche umfassendes Nachhaltigkeitsverständnis, welches die internationale Dimension in der Frage verdichtet „Tragen die internationalen Beziehungen Brandenburgs zu einer größeren Stabilität in der Einen Welt bei?“ (Abbildung 1). Allerdings versäumte es der Beirat, die internationale Dimension mit Zielen und Maßnahmen zu unterlegen. Diese Leerstelle füllte ansatzweise eine GIZ-Studie³, deren Anregungen die Lan-

² https://mdjev.brandenburg.de/media_fast/bb1.a.3663.de/entwicklungspolitische_leitlinien_bb.pdf

³ https://mlul.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/gizstudie_nachhaltigkeit.pdf

desregierung aber nur zum geringeren Teil in den Handlungsfeldern Energiewende und Bildung für nachhaltige Entwicklung aufgriff.⁴ Abgesehen davon betrachten die 5 Handlungsschwerpunkte mit 14 Handlungsfeldern der Strategie (Abbildung 2) die internationale Dimension nur ganz am Rande.

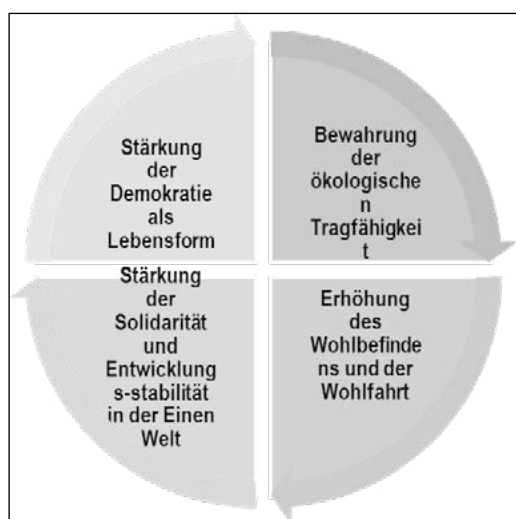


Abbildung 1: Kernfragen des Nachhaltigkeitsverständnisses der LNHS

Diese Handlungsfelder enthalten nur wenig Neues. Vorschläge aus dem vorausgegangenen Beteiligungsprozess wurden lediglich in Ausnahmefällen aufgegriffen. Mehrere Gründe lassen sich dafür anführen: entgegenstehende Beschlüsse der Landesregierung, mangelnde Qualität und fehlende Genauigkeit verbunden mit der davonlaufenden Zeit zu ihrer weiteren Qualifizierung – die Strategie war noch in der Legislaturperiode unter Dach und Fach zu bringen, die im Herbst 2014 endete. Auch war die Auseinandersetzungskultur der Ressorts teilweise gering ausgeprägt – woher sollte auch die Bereitschaft dazu kommen, die Strategie eines (anderen) Fachressorts mit großem

⁴ Beispiele: die Förderung von Kooperationen zwischen der Brandenburger Wirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit bei Projekten zur Förderung erneuerbarer Energien, zur Verbesserung der Energieeffizienz sowie zum Klimaschutz; die Entwicklung von Produkten, die innovative Lösungen für eine dezentrale Energieversorgung bieten, insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer; internationale Klimapartnerschaften auf kommunaler und lokaler Ebene sowie durch eine Förderung der Vernetzung und des Wissenstransfers.

Einsatz zu unterstützen, wenn nachhaltige Entwicklung nicht als ein Thema verstanden wurde, das in eigener Zuständigkeit liegt?

Neu ist hingegen der letzte Teil der Strategie „Umsetzung“, der vielfältige Maßnahmen in den Bereichen Partizipation und Kommunikation, Vorbildrolle der Landesregierung, abrechenbare Ziele und Indikatoren, Nachhaltigkeitsprüfung und Nachhaltigkeitsmanagement enthält.⁵

Umsetzung: Die Mühen der Ebene

Bei der Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie zeigte sich ein grundlegender Mangel des Werkes. Die Landesnachhaltigkeitsstrategie, die 2014 beschlossen wurde, enthielt den Vorbehalt, dass die nächste Landesregierung darüber zu entscheiden habe, ob und wie die Maßnahmen umzusetzen seien. Eigentlich kein Problem, da in der folgenden Legislaturperiode wieder die gleichen Koalitionäre zusammenkamen.

Auf der praktischen Ebene änderte sich jedoch viel. Das Umweltministerium fiel nun an die SPD. Zum Umgang mit der Braunkohle hat die Landespartei eine klare Meinung: Der vom Nachhaltigkeitsbeirat immer wieder empfohlene zügige Ausstieg aus Tagebau und Verstromung und die Entwicklung eines Plan B wurden von der SPD mit Hinweis auf den damit verbundenen Arbeitsplatzverlust schroff zurückgewiesen. Konsequenterweise wurde der Beirat gar nicht erst wieder berufen mit Hinweis auf die nun notwendige Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie, die nur noch einer einzelfallweisen Hinzuziehung von Expert*innen bedürfe.

Immerhin vereinbarte die Koalition 2014, die Landesnachhaltigkeitsstrategie fortzuschreiben. Der Landtag verabschiedete 2015 wieder einen weitreichenden Beschluss, der Umsetzungsberichte und Eckpunkte für die Fort-

⁵ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11500/11576.pdf

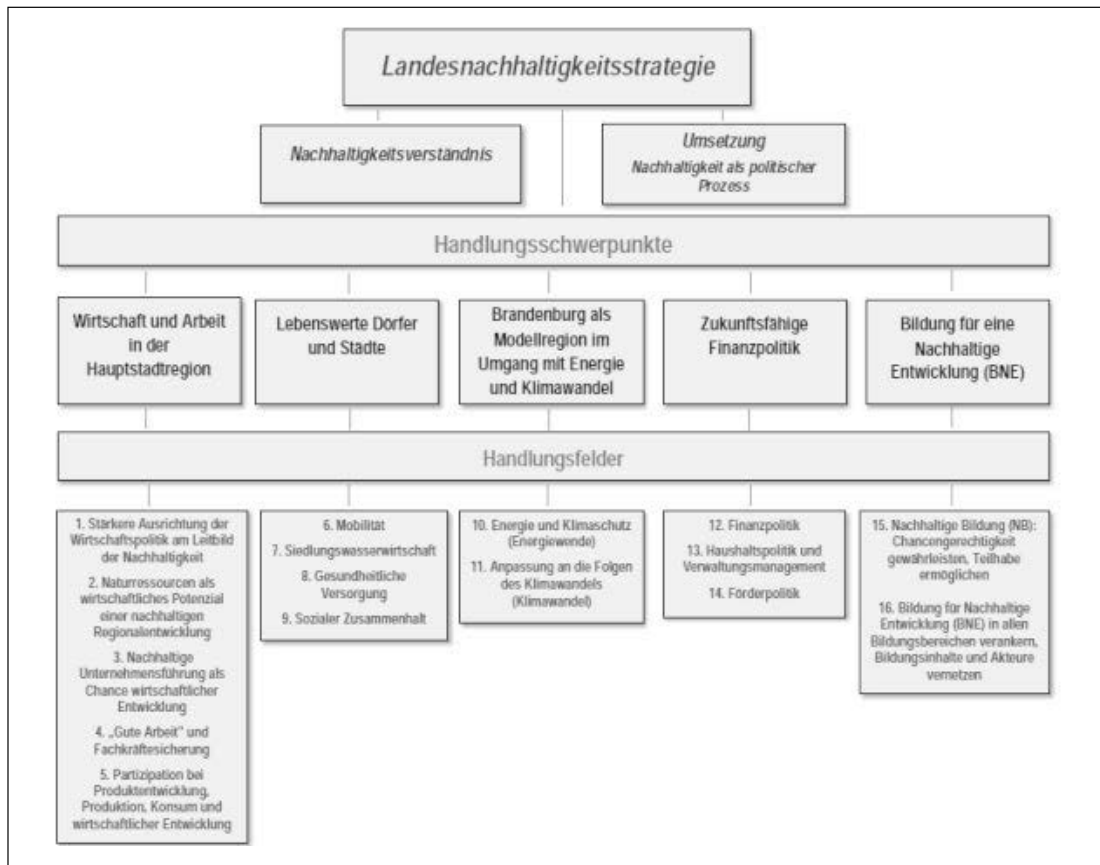


Abbildung 2: Aufbau der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS) aus 2014

schreibung und dabei die Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie *Best-Practice*-Projekte von der Landesregierung forderte.⁶

Die Umsetzungsberichte enthalten lange Listen, in denen die über 200 Maßnahmen zur Landesnachhaltigkeitsstrategie steckbriefartig dargestellt sind. Landtag, Medien und Öffentlichkeit nahmen von dieser buchhalterischen Behandlung des Themas wenig oder keine Notiz. Wozu auch? Neues war darin nicht enthalten, eher wäre interessant gewesen, herauszufinden, welche angekündigten Maßnahmen nicht mehr verfolgt wurden. Hierzu gehört beispielsweise der überwiegende Teil der Maßnahmen zur Vorbildwirkung, die die Landesregierung vereinbart hatte. Auch wenn es hier kleinere und teilweise engagierte Beiträge aus verschiedenen Arbeitsbereichen gibt, fehlt es an bedeutenden Maßnahmen, die in der Breite etwas verändern könnten. Symptomatisch ist hierfür die Maßnahme „Anwendung ökologischer und sozia-

ler Kriterien bei der Vergabe von Bauaufträgen sowie beim Abschluss von Dienstleistungs- und Lieferverträgen einschließlich der Berücksichtigung von Produkten aus fairem Handel“. Der Umsetzungsbericht von 2018 enthält hierzu den Hinweis, dass im Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz ein Catering bei Veranstaltungen mit regionalen, ökologischen Angeboten und Fair Trade erfolge.⁷ Dieses Umsetzungsbeispiel ist ein Tropfen auf den heißen Stein, betrachtet man seinen geringen monetären Anteil an den Ausgaben der Landesregierung von über 142 Millionen Euro in den Bereichen Beschaffung, Verbrauchsmittel und Liegenschaftsverwaltung.

Die im Mai 2019 von der Landesregierung beschlossene Fortschreibung der Landesnachhaltigkeitsstrategie⁸ ersetzt nicht die Fassung

6 https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_1200/1270.pdf

7 <https://mlul.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Anlage-Fortschrittbericht-Umsetzung-LNHS.pdf>

8 <https://mlul.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Fortschreibung-Nachhaltigkeitsstrategie-BB.pdf>

von 2014, sondern präzisiert und aktualisiert einzelne Aspekte. Hierzu gehört der Teil Akteur*innen und deren Einbeziehung. Zwar ist die Öffentlichkeitsbeteiligung mittels Konferenzen und Fachgesprächen gegenüber der Erstellungsphase der Landesnachhaltigkeitsstrategie deutlich zurückgefahren worden, aber immerhin wird nun angekündigt, dass es auch in den nächsten Legislaturperioden eine Nachhaltigkeitskonferenz und Fachgespräche geben soll. Zudem gibt es eine Austauschplattform als ein neues Element. Mit dieser Off- und Onlineplattform soll die Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen gefördert werden und der Austausch zu guten Beispielen stattfinden. In der Steuerungsgruppe zur Plattform sind auch entwicklungspolitische Gruppen vertreten. Eine Konferenz zur nachhaltigen Regionalentwicklung im November 2019 ist in Vorbereitung.

Der Hauptteil der Fortschreibung widmet sich den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (englisch Sustainable Development Goals, SDGs), die die Vereinten Nationen 2015 beschlossen haben. Zu den für Brandenburg 15 relevantesten Nachhaltigkeitszielen sind konkrete Landesziele und Indikatoren definiert. Allerdings weisen nur wenige ein abrechenbares Ziel aus, wie etwa die Verringerung der energiebedingten Treibhausgasemissionen von 58 Millionen Tonnen (im Jahr 2014) auf 25 Millionen Tonnen (im Jahr 2030) und den Erhalt der Artenvielfalt. Dafür wurde ein Vogelartenindex entwickelt, der speziell auf die Brandenburger Hauptlebensräume zugeschnitten ist. Er berechnet die Veränderungen der hier beheimateten Vogelarten in Agrarland, Wald, Siedlung und Gewässer gegenüber dem Jahr 1995. Als Ziel wurde ein Wiederanstieg von zurzeit (2016) 82 Prozent auf den ursprünglichen Wert (100%) im Jahr 2030 beschlossen. Ein solch anspruchsvolles, eigens für die Landesnachhaltigkeitsstrategie definiertes Ziel ist aber die Ausnahme. Andere eher schwache oder fragwürdige Ziele sind ebenfalls enthalten, wie z.B. ein (undifferenziertes) Wachstum des Bruttoinlandsproduktes.

Die Mehrzahl der Nachhaltigkeitsziele beschränkt sich auf eine Tendenzangabe anhand eines konkreten Indikators (z.B. Steigerung der

Beteiligung von Frauen in Kommunalparlamenten und im Landtag). In die Gruppe mit der schwächsten Definition fallen maßnahmenartige Ziele, die keine Wirkungen, sondern einen Output angeben. Dies gilt etwa für den nachhaltigen Konsum, wo die Zielerreichung anhand der diesbezüglichen Maßnahmen der verbraucherpolitischen Strategie bewertet wird.

Weiterhin ist die weitgehend ambitionslose entwicklungspolitische Dimension der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu beklagen. So wird für SDG 17 (Globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung) als Landesziel definiert, den internationalen Verwaltungsaustausch mit Polen zu verbessern. 2020 sollen jeweils zwei Bedienstete aus Brandenburg und aus Polen an einem Verwaltungsaustausch teilnehmen. Unberührt davon führt der entwicklungspolitische Fachbereich allerdings vielfältige Maßnahmen zur Stärkung und Einbeziehung der auf diesem Gebiet engagierten Zivilgesellschaft durch.

Wie geht es weiter?

Die Landesnachhaltigkeitsstrategie kann auf drei Ebenen ihre Wirksamkeit erhöhen. Auf der strategischen Ebene geht es darum, ihrem Anspruch nach Rahmensetzung und Anwendung in allen Fachressorts Geltung zu verschaffen. Dazu ist eine wirksame Nachhaltigkeitsprüfung für alle wichtigen Regierungsvorhaben und Gesetze ein geeignetes Instrument; sie würde die Transparenz des Regierungshandelns in puncto Nachhaltigkeit erhöhen. Sinnvoll wäre es, dem der Öffentlichkeit zugeleiteten Entwurf einen Nachhaltigkeitsbericht beizufügen, der vorab von einem unabhängigen Expertengremium zu prüfen ist. Mit der Benennung konkreter Nachhaltigkeitsziele in der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist dafür bereits ein grundsätzlicher Prüfmaßstab vorhanden. Auch der Landtag hat kürzlich eine Nachhaltigkeits- und Klimaschutzprüfung von der Regierung gefordert.⁹

⁹ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11500/11576.pdf

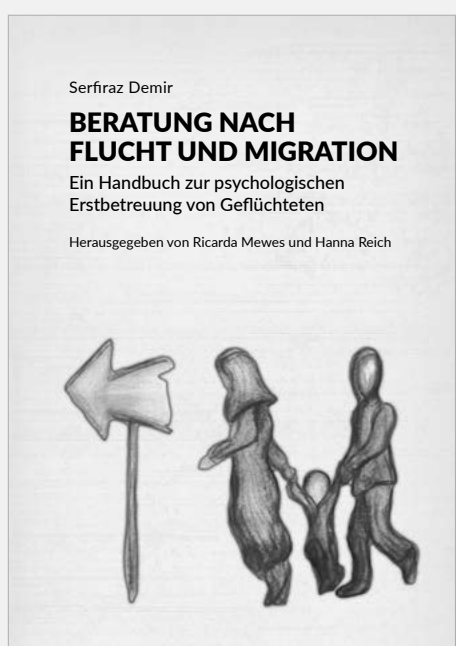
Zweitens ist auf der Managementebene die Vorbildwirkung der Landesregierung zu stärken. Große Effekte gehen von den Baumaßnahmen aus. Die Einhaltung des Silberstandards des Leitfadens Nachhaltiges Bauen des Bundes bei der Errichtung aller Landesbauten ist ein kurzfristig erreichbares Ziel. Auch Mobilität ist ein Bereich mit großen Wirkungen; Vorreiter ist hier das Bundesland Hessen, das für seine Bediensteten ein kostenloses Jobticket eingeführt hat.

Drittens sind Nachhaltigkeitsinitiativen im Lande zu stärken. Dazu bedarf es der Einrichtung eines eigenen Fördertitels, aber auch einer institutionellen Stärkung der Zivilgesellschaft mittels eines Nachhaltigkeitszentrums. Dieses könnte den Austausch von Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Einzelinitiativen stärken.

Für alle drei Ebenen braucht es in allen Ressorts Nachhaltigkeitskoordinator*innen. Diese sind nicht nur Ansprechpartner*innen für Nachhaltigkeitsprüfungen und alle Fragen, die von außen herangetragen werden, sondern sie

hätten auch die Ressortberichte über Nachhaltigkeit zu koordinieren. Sie sollten zudem mit Befugnissen ausgestattet werden, Nachhaltigkeitsbelange wirkungsvoll in die Ressortvorhaben einzubringen.

Gleichwohl gibt es starke Hindernisse zu überwinden. Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung lässt sich gut beim Thema nachhaltige Entwicklung beobachten. Einerseits wird Nachhaltigkeit als Handlungsmaßstab zum Kampf gegen eine weltweit zunehmend kritische Lage von immer mehr Menschen herangezogen. Andererseits mehren sich die Abgehängten, nur an sich selbst Interessierten und Populisten, die für komplexe Fragen nach einfachen und auf den ersten Blick schnell helfenden Antworten suchen. Auch gehen viele Gewinner von Nachhaltigkeitspolitik nicht jetzt und hier zur Wahl: Es sind gerade die nachfolgenden Generationen und Menschen, die nicht in unserem Bundesland leben. Vor allem Bildung für nachhaltige Entwicklung und eine Kultur beharrlicher Empathie helfen, diesen Problemen entgegenzutreten.



Serfiraz Demir

Beratung nach Flucht und Migration

Ein Handbuch zur psychologischen Erstbetreuung von Geflüchteten

Flucht ist eine traumatische Erfahrung, die Fluchtursachen sind es in der Regel erst recht. Geflüchtete kommen daher häufig psychisch hoch belastet in Deutschland an und leiden hier zudem unter migrationspezifischen Stressoren. Das Angebot psychologischer Behandlungen für Asylsuchende ist bislang jedoch unzureichend. Serfiraz Demir, Hanna Reich und Ricarda Mewes zeigen, wie eine evidenzbasierte psychologische Erstberatung bei Geflüchteten in Form einer psychoedukativen Gruppe in kurzer Zeit umgesetzt werden kann.

ISBN 978-3-945878-12-5 | 15,90 Euro | 139 Seiten

Agenda 2030

Gemeinsam Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen

Michael Krake

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Unterabteilungsleiter „Wirtschaft, Handel, Beschäftigung, Digitalisierung“



Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Agenda schafft die Grundlage dafür, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten.

Das Kernstück der Agenda bildet ein ehrgeiziger Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, den Sustainable Development Goals. Diese berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft – gleichermaßen. Doch jeder Plan ist nur so gut wie seine Umsetzung. Die Ziele der Agenda 2030 können nur durch eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen einer neuen globalen Partnerschaft aus Bürger*innen, Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft erreicht werden. Die Grundlagen einer solchen Partnerschaft wurden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits 2014 in der Zukunftscharta „EINWELT – Unsere Verantwortung“ gelegt.

Das große Engagement verschiedener Akteur*innen in Brandenburg zeigt, dass sich Deutschland auf einem guten Weg zu dieser globalen Partnerschaft befindet. Gleichzeitig

werden aber auch Handlungsbedarfe, z. B. in der Förderung privatwirtschaftlichen Engagements in Afrika, deutlich.

Zusammenarbeit mit der Wirtschaft für mehr unternehmerische Verantwortung

Die Privatwirtschaft ist ein wichtiger Partner für das BMZ, denn von der Zusammenarbeit profitieren alle: Die Entwicklungs- und Schwellenländer, weil eine leistungsfähige Volkswirtschaft der Schlüssel für nachhaltige Entwicklung ist. Die privaten Unternehmen, weil sie langfristig neue Märkte erschließen und neue Partner gewinnen. Die Menschen vor Ort, weil neue Unternehmen Beschäftigung und Einkommen schaffen und damit helfen, Armut zu vermindern.

Für Unternehmen bedeutet die Agenda 2030 aber auch, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards entlang globaler Produktionsketten, aber auch für die Menschen vor Ort. Viele brandenburgische Unternehmen kommen dieser Verantwortung bereits nach: Sie engagieren sich zum Beispiel im deutschen Global Compact Netzwerk zu Themen der unternehmerischen Verantwortung oder

setzen konkrete Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern um. So hat beispielsweise die Firma SUNfarming mit Sitz in Erkner mit Unterstützung durch das Förderprogramm develoPPP.de ein Solar-Training-Center in Peru errichtet. Dieses Center ermöglicht die Schulung von Elektrotechniklehrer*innen im Bereich solarer Energieeffizienz und sensibilisiert sowohl die Bevölkerung als auch politische Entscheidungsträger für eine nachhaltige Energieversorgung. Ebenfalls über das develoPPP.de-Programm hat die Firma DELPHI IMM GmbH aus Potsdam eine bedarfsgerechte Geodateninfrastruktur in Vietnam aufgebaut, die der nachhaltigen Planung von Wasserversorgung und der städtischen Verkehrsführung dient.

Auch die brandenburgischen Wirtschaftsverbände tragen weltweit zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. So kooperiert der Ausbildungsverbund Teltow (AVT) – Bildungszentrum der IHK Potsdam seit April 2017 mit der Ausbildungsbehörde auf Sansibar in Tansania. Ziel dieser Berufsbildungspartnerschaft ist die Stärkung von Berufsbildungsinstitutionen, um jungen Menschen auf Sansibar eine berufliche Zukunft zu ermöglichen.

Insbesondere in Afrika ist jedoch noch Luft nach oben. Viele deutsche und brandenburgische Unternehmen schrecken weiterhin vor Investitionen auf dem Nachbarkontinent zurück. Zu tief sitzt das Bild des „verlorenen Kontinents“, das jahrelang von Politik und Medien geprägt wurde. Dabei hat sich das Blatt längst gewendet: Einige der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften sind in Afrika zu finden und in vielen Ländern gibt es ein hohes Arbeitskräfteangebot. Afrika ist daher ein Chancenkontinent, dessen Potenzial von deutschen Unternehmer*innen bisher weitestgehend ungenutzt bleibt: Bislang sind nur etwa 1.000 deutsche Unternehmen in Afrika aktiv.

Die brandenburgische Health Focus GmbH ist eines von diesen. Das Unternehmen bietet seit mehreren Jahren Beratungsdienstleistungen zur Gesundheitsversorgung in afrikanischen Ländern an und hat mittlerweile seinen vierten

Standort in Afrika eröffnet. Mit Fördermitteln des BMZ hat Health Focus z.B. ein Fortbildungsprogramm für medizinisches Personal in Guinea eingeführt.

Damit mehr Mittelständler aus Brandenburg und ganz Deutschland den Schritt nach Afrika wagen, hat das BMZ im Juni 2019 den Entwicklungsinvestitionsfonds (EIF) auf den Weg gebracht. Durch diesen stellt die Bundesregierung in den nächsten drei Jahren bis zu einer Milliarde Euro für nachhaltige Investitionen in Afrika bereit. Im Auftrag des BMZ führt die Agentur für Wirtschaft & Entwicklung (AWE) gemeinsam mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH eine bundesweite Roadshow mit unterschiedlichen Partnern vor Ort durch, um die neuen Angebote bei den Unternehmen vorzustellen.

Mit dem Teilfonds AfricaConnect schließt das BMZ mit der DEG eine oft beklagte Förderlücke für Investitionen von unter vier Millionen Euro, sodass auch kleine und mittlere Unternehmen Erfahrungen in Afrika sammeln können. Der zweite Teilfonds AfricaGrow stellt Wachstumskapital für kleine und mittlere Unternehmen in Afrika in unterschiedlichen Risikoklassen zur Verfügung.

Mit der „Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung“ fördert das BMZ nachhaltige Investitionen mit hoher Beschäftigungswirkung in afrikanischen Ländern, die eine große Reformbereitschaft aufzeigen. Gemeinsam mit den Partnerländern und deutschen sowie afrikanischen Partnerunternehmen entwickelt die Sonderinitiative attraktive Wirtschaftsstandorte – z. B. durch Sonderwirtschaftszonen und Industrieparks – und schafft so bis 2021 bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze.

Da afrikanische Märkte für viele deutsche Unternehmen noch schlecht überschaubar sind, profitieren Unternehmen von den Beratungs- und Vernetzungsangeboten des BMZ:

Die Agentur für Wirtschaft & Entwicklung (AWE) mit Sitz in Berlin berät als zent-

rale Anlaufstelle Unternehmen und Verbände, die in Entwicklungs- und Schwellenländern aktiv sind oder sich dort engagieren wollen. Außerdem entsendet das BMZ sogenannte EZ-Scouts an Kammern, Verbände und Ländervereine in ganz Deutschland sowie in Kooperation mit Engagement Global auch an ausgewählte Stiftungsorganisationen. Als kompetente Ansprechpartner*innen beraten sie die Verbände und deren Mitgliedsunternehmen zu den Angeboten des BMZ, fördern aktiv die Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Entwicklungszusammenarbeit und unterstützen bei der Entwicklung konkreter Projektideen. In Brandenburg berät die IHK Potsdam erfolgreich Unternehmen zu den vielfältigen Angeboten der Bundesregierung. Über den Innovationsprozess des lab of tomorrow und die Online-Plattform leverist.de erhalten Unternehmen Zugang zu den Märkten in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Zusammenarbeit mit Kommunen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung

Um die ambitionierten Ziele der Agenda 2030 zu erreichen, sind neben der Wirtschaft auch starke Kommunen, eine aktive Zivilgesellschaft und forschungsbasierte Empfehlungen der Wissenschaft gefragt. Das Land Brandenburg bietet auch hier inspirierende Beispiele:

So engagieren sich brandenburgische Kommunen in kommunalen Klimapartnerschaften, die Erfahrungsaustausch zum Klimaschutz zwischen Deutschland und den BMZ-Partnerländern fördern und von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW unterstützt werden. Der Landkreis Teltow-Fläming baut beispielsweise gemeinsam mit der namibischen Stadt Katima Mulilo im Norden Namibias ein nachhaltiges Abfallmanagement auf. Darüber hinaus tragen Brandenburger Kommunen mit ihrer lokalen

Expertise zu mehr Nachhaltigkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern bei: Im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms fördern brandenburgische Expert*innen aus dem Bereich Wassertourismus mit ihrem Wissen die nachhaltige Tourismusedwicklung am Malawisee. Die Erfahrungen aus dem Nationalpark Unteres Odertal konnten zum erfolgreichen Aufbau und Management grenzüberschreitender Nationalparks im südlichen Afrika genutzt werden.

Darüber hinaus ist insbesondere das Engagement aller Bürger*innen ausschlaggebend für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Durch ihre Konsumententscheidungen können sie Unternehmen beeinflussen, ihr Engagement kann Änderungen auf lokaler Ebene anstoßen und durch ihren Einsatz können sie mehr Bewusstsein für die größten aktuellen Herausforderungen schärfen. Erst die jungen Demonstrant*innen der Fridays-for-Future-Proteste haben die Dringlichkeit des Klimawandels ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Das BMZ fördert das entwicklungspolitische Engagement von Bürger*innen durch eine Vielzahl von Angeboten der Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen. Diese ist die erste zentrale Anlaufstelle der Bundesregierung für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements, sie informiert und berät Einzelpersonen, Zivilgesellschaft, Kommunen, Schulen, Wirtschaft und Stiftungen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell.

Über das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) fördert Engagement Global z.B. die Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage (BREBIT), die jährlich von verschiedenen Brandenburger Vereinen organisiert werden und landesweit drei Monate lang stattfinden. Mit Veranstaltungen wie Projekttagen, internationalen Seminaren, Fortbildungen für Multiplikator*innen sowie öffentlichen Veranstaltungen regt die BREBIT auf verschiedenen Ebenen gesellschaftliche Debatten um eine gerechtere Zukunft an. In diesem Jahr wird von August bis November der Frage nachgegangen, wie ein gerechtes Wirt-

schaften weltweit aussehen kann. 2020 werden die digitale Welt und globale Vernetzung in den Fokus der Projekte genommen.

Zuletzt muss gemeinsam Wissen erarbeitet und bereitgestellt werden, um Lösungen für die komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen auf globaler und lokaler Ebene zu finden. Das BMZ fördert deshalb gemeinsam mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen in Deutschland und Entwicklungsländern. Diese sogenannten „Praxispartnerschaften“ sorgen für eine stärkere Praxisorientierung der

Hochschulbildung und somit eine bessere Vorbereitung der Absolvent*innen auf den Arbeitsmarkt. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) implementiert über dieses Programm einen berufsbegleitenden Studiengang zur Klimaanpassung in Chile. Absolvent*innen dieses Studiengangs sollen chilenische Unternehmen und öffentliche Institutionen in Zukunft zur Gestaltung proaktiver Maßnahmen im Klimaschutz befähigen.

Denn feststeht: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Bürger*innen tragen gemeinsam Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft.

Für weitere Informationen:

Mitmachzentrale von Engagement Global
Tel.: 0800 1887 188
info@engagement-global.de

Für weitere Informationen oder eine persönliche Beratung wenden Sie sich an den EZ-Scout der IHK Potsdam:

Tel.: 0331 27 86 254
ez-scout@ihk-potsdam.de
www.ihk-potsdam.de
www.bmz.de/ez-scouts

Die Agentur für Wirtschaft & Entwicklung (AWE)
Tel.: 030 72 62 56 80
info@wirtschaft-entwicklung.de

Kommunale Entwicklungspolitik als Baustein der nachhaltigen Entwicklung in Beelitz

Michael Steinland

Stadt Beelitz, Koordinator Kommunale
Entwicklungspolitik



Beelitz – Warum kommunale Entwicklungspolitik?

Mit dem Thema kommunale Entwicklungspolitik betritt die Stadt für sich weitestgehend Neuland. Sowohl in der Verwaltung als auch in der Zivilgesellschaft sowie in der Wirtschaft existierten bisher nur punktuelle Ansätze in diesem Bereich. Die stärkere Zuwendung zu diesem Thema resultiert hauptsächlich aus zwei Entwicklungssträngen.

Einer der Stränge stellt die wachsende globale Vernetzung und Globalisierung dar. Deren positive und negative Folgen sowie problematische Begleiterscheinungen wie ein rasantes Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ressourcenverbrauch schlagen sich zunehmend auch lokal nieder, sind aber auf der lokalen Ebene allein nicht mehr gestaltbar. Darüber hinaus hat die Staatengemeinschaft in der Agenda 2030 die Kommunen erstmals als wichtige Akteure der Entwicklungspolitik benannt und das Nachhaltigkeitsziel (SDG) 11 – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten – explizit auf die Bedürfnisse der Kommunen ausgerichtet. Damit sind jetzt auch die Kommunen stärker gefordert, ihren Beitrag zur Umsetzung dieser Nachhaltigkeitsziele zu leisten. Der andere Strang resultiert aus den aktuellen Entwicklungen in Beelitz. Noch in der offiziellen Bevölkerungsprognose des Lan-

des Brandenburg werden der Stadt bis zum Jahr 2030 ein relevanter Einwohnerrückgang sowie eine zunehmende Alterung der Bevölkerung prognostiziert. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich, konnte der Bevölkerungsrückgang gestoppt und die Entwicklung seit 2012 umgekehrt werden. In Verbindung mit der sehr guten Verkehrsanbindung sowie den Entwicklungen in der Metropolregion Berlin-Potsdam wird jetzt kurz- und mittelfristig mit einem rasanten Bevölkerungswachstum, insbesondere auch einem starken Zuzug von Familien gerechnet. Dieser Prozess kann von der Kommune nur durch eine strategische Zielsetzung, eine nachhaltige Entwicklung der Infrastruktur, eine komplexe Koordinierung sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erfolgreich gesteuert werden.

Das Ziel

Beelitz ist eine Stadt im Aufbruch, die sich für ihre Einwohner*innen und Besucher*innen als lebens- und liebenswerte Stadt weiterentwickeln sowie sich als Modellregion für eine zukunftsfähige Vernetzung von Stadt und Land profilieren möchte. Die kommunale Entwicklungspolitik leistet einen Beitrag zu dieser komplexen, nachhaltigen Entwicklung.

Das Instrument

Als einen Engpass für die stärkere Berücksichtigung der Entwicklungspolitik im kommunalen Handeln hat die Bundesregierung die begrenzten finanziellen und personellen Kapazitäten in den Kommunen ausgemacht. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit hat dementsprechend die Engagement Global gGmbH als Projektträger beauftragt, eine Ausschreibung für die Koordination kommunaler Entwicklungspolitik in Kommunen vorzunehmen. Die Stadt Beelitz hat sich mit einem entsprechenden Konzept erfolgreich an dieser Ausschreibung beteiligt und als erste Stadt im Land Brandenburg einen Zuschlag erhalten. Diese Förderung ermöglichte der Stadt Beelitz den Einsatz eines Koordinators für die Kommunale Entwicklungspolitik für den Zeitraum von zwei Jahren. Im Rahmen eines Folgeantrags konnte die Förderung um weitere zwei Jahre verlängert werden.

Der Weg

Im Rahmen der Ausschreibung musste das Projektziel definiert werden. In diesem Kontext sind folgende Themen- bzw. Handlungsfelder als Arbeitsschwerpunkte festgelegt worden:

- entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit,
- faire Beschaffung und
- kommunale Partnerschaft.

Der Stadt Beelitz ist bewusst, dass es sich bei dem Thema kommunale Entwicklungspolitik um einen Prozess handelt, der kontinuierlich geführt werden muss. Für einen Prozess sind auch vier Jahre wenig, um ihn irreversibel zu gestalten. Deshalb basiert unsere Strategie darauf, diesen Prozess so zu gestalten, dass eine Eigendynamik entsteht. Dazu wurden und werden spezifische entwicklungspolitische Themen in der Kommune etabliert, kurz- und mittelfristige Ziele formuliert und die Akteur*innen-Basis gestärkt.

Die Schwerpunkte

Entwicklungspolitisches Handlungskonzept

Im Frühjahr 2019 hat die Stadtverordnetenversammlung (SVV) der Stadt Beelitz ein Rahmenkonzept kommunale Entwicklungspolitik beschlossen. Das Konzept steckt den Rahmen für die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Stadt Beelitz ab. Es beschreibt die Ziele und Handlungsfelder der kommunalen Entwicklungspolitik, setzt thematische sowie regionale Schwerpunkte fest und benennt mögliche Umsetzungsinstrumente. Dabei versteht es sich als Meilenstein des entwicklungspolitischen Engagements sowie als Grundlage zur weiteren Anregung der Diskussion und der Mobilisierung in einem relativ jungen Prozess.

Fairer Handel

Bereits im Jahr 2017 erfolgte ein Beschluss der SVV, den fairen Handel auf lokaler Ebene zu fördern und sich um die Zertifizierung als Fairtrade-Town zu bewerben. Im Mai 2019 konnte als 600. Stadt in Deutschland und als dritte Stadt in Brandenburg der Titel Fairtrade-Town entgegengenommen werden. Diese Zertifizierung muss alle zwei Jahre erneuert werden.

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit / Interkulturelle Kompetenzentwicklung

Die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit soll darauf abzielen, Interesse an Ländern des globalen Südens zu wecken und globale Zusammenhänge und ihre Einflüsse auf den einzelnen Menschen zu verdeutlichen. Die Kommunikation zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung soll gestärkt und die Auseinandersetzung mit diesem Leitbild sowie dessen Verwirklichung gefördert werden. Es soll zu einer aktiven Beteiligung an einer sozial und ökologisch verantwortlichen Gesellschaft in einer globalisierten Welt motiviert werden. Hauptzielgruppe sind die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt. Die Stadt Beelitz fungiert als

Träger aller sieben Kindertagesstätten und aller vier Schulen im Stadtgebiet. Durch verschiedene Projekte werden für die Beelitzer Kinder und Jugendlichen aller Altersklassen Begegnungsmöglichkeiten mit anderen Kulturen geschaffen.

Insbesondere wurden und werden aber auch die Erzieher*innen und Lehrer*innen für entwicklungspolitische Themen sensibilisiert und Elemente des globalen Lernens in den KiTa- und Schulkonzepten verankert.

Kommunalspartnerschaft

Auf der Tagesordnung der Stadtpolitik steht aktuell ein Beschluss zur Aufnahme einer thematischen kommunalen Partnerschaft mit der Kommune Witzenberg in der Republik Südafrika. Wesentliche Elemente dieser Partnerschaft sind die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und die gemeinsame Erarbeitung beiderseitig relevanter Problemlösungen unter Berücksichtigung der örtlichen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Thematische Schwerpunkte stellen die Bereiche ländliche Entwicklung, Klima und Umwelt dar. Im Vordergrund steht das Ziel des Erfahrungsaustauschs und der gegenseitigen Unterstützung, um eine nachhaltige Entwicklung der kooperierenden Kommunen zu ermöglichen.

Brandenburgische Landesgartenschau Beelitz 2022

Die Stadt Beelitz richtet im Jahr 2022 die 7. Brandenburgische Landesgartenschau aus und erwartet hierzu annähernd 500.000 Besucher*innen. Darüber hinaus wird mit zahlreichen Fachbesucher*innen sowie Vertreter*innen anderer Kommunen und der Politik nicht nur aus Berlin und Brandenburg, sondern aus dem gesamten Bundesgebiet sowie dem Ausland gerechnet. Das Thema „Kommunale Entwicklungspolitik“ wird als Querschnittsthema in das Veranstaltungsprogramm der Landesgartenschau aufgenommen, umfassend kommuniziert und gezielt als modellhafter Baustein für künftige

Gartenschauen entwickelt. Mit der Aufnahme der kommunalen Entwicklungspolitik in den Gesellschaftszweck der in Gründung befindlichen gemeinnützigen kommunalen Durchführungsgesellschaft ist die formale Grundlage dafür bereits gelegt worden.

Zusammenfassung

Für die Stadt Beelitz stellt die kommunale Entwicklungspolitik einen relativ neuen, aber wichtigen Bestandteil einer komplexen nachhaltigen Entwicklung dar. Die damit einhergehende Mobilisierung der Akteur*innen in Verbindung mit den vielfältigen Aktivitäten in der Stadt sowie die nationale und internationale Vernetzung sollen als wichtige Facette einer modernen Kleinstadt in einer global vernetzten Welt weiter intensiv befördert werden.

Wir sind nicht unterentwickelt¹ – ihr seid anders!

Stephanie Günther, Julia Wasmuth, Carolin Stolz

*Eine-Welt-Promotorinnen,
Diakonisches Werk Teltow-Fläming e. V.*



Wenn urbane Perspektiven, Menschen und Bildungsmaterialien auf Menschen im ländlichen Raum treffen, wird entwicklungspolitische Bildungsarbeit nicht selten durch fehlende Sensibilität für die Verschiedenheit der Lebenswirklichkeiten beeinträchtigt. Wenn die eine denkt zu wissen, was der andere braucht, ist der Anspruch auf Augenhöhe schon verspielt, bevor die Bildungsveranstaltung begonnen hat. Dieser Beitrag fragt nach Bedingungen und Möglichkeiten für Globales Lernen im ländlichen Raum. Wie müssen entwicklungspolitische Fragen im ländlichen Kontext gestellt werden, um Lust darauf zu machen, gemeinsam nach Antworten zu suchen?

Wir Autorinnen leben und arbeiten *hier*, oder – je nach Perspektive – „dort“ im „dünn besiedelten Raum“, „in der strukturschwachen Region“, „in der Fläche“, „auf dem Land“ usw. Als Eine-Welt-Promotorinnen stärken wir entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit in Brandenburg durch kirchliche Eine-Welt-Arbeit. Wir qualifizieren, beraten und vernetzen Menschen und schaffen so (Bildungs-)Gelegenheiten für die Auseinandersetzung mit Fragen nach einem guten Leben für alle Menschen. Unsere Arbeit möchten wir anhand von drei Anekdoten aus unserem Alltag veranschaulichen. Manch

Leser*in mag ob ihrer scheinbaren Banalität schmunzeln und sich fragen, was das denn mit entwicklungspolitischer Arbeit zu tun habe. Nur Geduld! Denn die brauchen Sie auf dem Land – sei es, um mit dem öffentlichen Personennahverkehr von Jüterbog nach Zossen zu kommen oder um bei schlechter Internetverbindung eine E-Mail zu versenden.

Anekdote 1

*Ich habe einen Termin mit einem Unternehmer, den ich für die Teilnahme an einer neuen Projektgruppe zum Thema Müllvermeidung gewinnen möchte. Wir treffen uns in seinem Büro. Meine Schwester gehört zu den dienstälteren Mitarbeiter*innen in seiner Firma. Daher werde ich wirklich allen, denen wir während unseres Termins begegnen, vorgestellt mit den Worten: „Kuck mal, das ist Sabrinas Schwester! Sie macht sowas mit Umweltschutz.“ Fühle ich mich mit meinem Anliegen dadurch weniger wahrgenommen? Nein, im Gegenteil! Denn ich weiß, dass mir nun viel aufmerksamer zugehört wird.*

Persönliche Netzwerke als Ressource

Auf dem Land ist niemand anonym. Jede*r kennt jede*n – oder wenigsten jemanden. Wer unbekannt ist, fällt schon allein dadurch auf. Lehrkräfte, Sachbearbeiter*innen,

¹ Möller, Heike (2016): Warum dieser Titel – Entwicklungsland Brandenburg? In: Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2016 (6), S. 2.

Kassierer*innen, Bürgermeister*innen – sie alle sind benachbart, in Vereinen organisiert und mit ihrem Gegenüber möglicherweise schon seit Kindesbeinen bekannt oder sogar verwandt. Das ist eine wichtige Ressource unserer Arbeit. Zwar werden Vorbehalte und schlechte Erfahrungen über das Umfeld über Jahre hinweg aufrechterhalten. Doch wenn wir uns als Mittler*innen anbieten, können wir uns überall innerhalb kürzester Zeit Netzwerke erschließen, die die Arbeit vor Ort befruchten und auch ohne unser Zutun bestehen bleiben.

Anekdote 2

In der örtlichen Eisdiele wurden vor Kurzem die Einweg-Plastiklöffel für den Außer-Haus-Verzehr gegen Einweg-Holzlöffel getauscht. Eine Kundin fragte: „Was soll das denn?“ Die Verkäuferin antwortete: „Das ist jetzt für die Umwelt.“ Die Kundin wiederum: „Die Umwelt kann mich mal, die Dinger sind ja ekelhaft!“ Die Kundin diskutierte noch eine Weile, bekam aber dennoch keinen Plastiklöffel. Trotz ihrer Empörung darüber, „wie man denn hier behandelt“ werde, sehe ich die Frau dort nach wie vor immer wieder ein Eis für unterwegs kaufen.

Bildung braucht Vermittlung

Es mag in der Natur der Brandenburger*innen liegen, liebgewonnene Gewohnheiten zu hegen und jedweder Neuerung mit gehöriger Skepsis zu begegnen. Diese wahre Begebenheit zeigt aber auch, dass Umwelt nicht als etwas verstanden wird, das überall ist. Forderungen nach mehr Nachhaltigkeit laufen dort ins Leere, wo Menschen ihre Umwelt nicht als einen für Sie relevanten Referenzrahmen anerkennen. Die Forderung präziser zu formulieren und öfter oder eindringlicher vorzutragen wird hier nicht zum gewünschten Ergebnis führen. Der Weg führt nur über Vermittlung! Wir vermitteln zwischen Themen, Menschen und ihren Lebensumständen. Nur wenn Wissen, Handeln und Rahmenbedingungen Hand in Hand gehen und von uns als gleichberechtigte Ausgangspunkte unserer Arbeit betrachtet werden, werden wir wirksam sein. Das mag nicht besonders

landspezifisch klingen, wiegt hier aber besonders schwer, weil es viel weniger Ungewohntes, Neues, Berührung mit anderem gibt als in der Stadt und somit weniger Denkanstöße, Möglichkeiten des Kennenlernens und Räume zum Ausprobieren.

Anekdote 3

*Die Flüchtlingshilfe Jüterbog suchte für ihre Aktion *Gesicht zeigen*² Flächen für das Aufhängen von Plakaten und Bannern. Aufgrund des Wahlkampfes zur Landtagswahl war die Auswahl ohnehin begrenzt. Zusätzlich ließen das geringe Budget sowie verwaltungsseitige Auflagen die Organisator*innen verzweifeln. Daher beschritt die Koordinatorin einen anderen Weg und fragte bei der Jüterboger Agrar Genossenschaft an, ob die Banner auf ihren Flächen aufgehängt werden dürften. Ohne große Umschweife sagte man der Flüchtlingshilfe die Unterstützung zu und stellte dafür sogar alte Anhänger bereit, an denen die Banner befestigt werden konnten.*

Netzwerke sind Querverbindungen zwischen Menschen und Gruppen, die auf den ersten Blick nicht zusammengehören

Immer wieder hören wir, dass Veranstaltungen ausfallen, weil sich nicht genügend Menschen angemeldet haben und dass kostenlose Angebote nicht gebucht werden. Vielleicht verhindert unser Denken in Kategorien, Ebenen oder Fördertöpfen das Erreichen der Menschen im ländlichen Raum. Wer etwas anzubieten hat, sollte nicht im Vorfeld sondieren, unter welchem Titel die Zielgruppe gefasst wird. Erst wenn wir zu bestimmten Fragen und Themen arbeiten und dazu ganz offen einladen, können wir ein (räumlich) breites Netzwerk aufbauen. In Brandenburg gibt es unzählige Gruppen und Engagierte, die sich für ein in den SDGs formuliertes Anliegen stark machen. Aber die wenigsten davon verstehen sich als entwicklungspolitisch aktiv. Also besteht unsere Auf-

² <http://www.fluechtlingshilfe-jueterbog.de/gesicht-zeigen/>

gabe nicht darin, für entwicklungspolitische Anliegen Handlungsoptionen aufzuzeigen, sondern umgekehrt den Handelnden entwicklungspolitisches Wissen zu vermitteln und sie unter dem Ziel der Umsetzung der SDGs zu vernetzen und zu unterstützen.

Fazit: Vermittlung zwischen großstädtischen Angeboten und ländlichen Lebenswirklichkeiten

Im Herzen Brandenburgs liegen sowohl die Landes- als auch die Bundeshauptstadt und wirklich alles ist auf dieses Ballungszentrum ausgerichtet: Straßen, Zugverbindungen, Vereine, Verwaltung, Veranstaltungen, Radiosender, fachmedizinische Versorgung. Und so bestimmen die Menschen aus „der großen Stadt“ auch unsere Themen und die Sprache – die der Fernsehwerbung ebenso wie die der BNE-Materialien. An Kriterien der Urbanen und Speckgürtler*innen gemessen erscheint das Landleben in vielerlei Hinsicht defizitär. Gleichzeitig bekommen Dinge, die für das Land selbstverständlich sind, seltsame englische Bezeichnungen und das Prädikat „wertvoll“ verpasst. Dabei wird sowohl übersehen, dass vieles von dem, was heute so innovativ daherkommt (*urban gardening*, *carsharing* usw.), für unsere Großeltern bereits Alltag war, als auch, dass die geringe Präsenz von Handel, ÖPNV und Mobilfunk der ländlichen Bevölkerung gewisse Zwänge auferlegt. Das Resultat sind nicht selten eine defizitäre Selbstwahrnehmung und mangelndes Selbstbewusstsein der Menschen.

Also ist unsere Arbeit bei genauerer Betrachtung nicht deshalb herausfordernd, weil sie auf dem Land bzw. in strukturschwachem Terrain stattfindet, sondern weil die entwicklungspolitischen Ressourcen, die uns für diese Arbeit zur Verfügung stehen, urban geprägt und damit nicht ohne Weiteres für ländliche Zusammenhänge nutzbar sind. So kommen Referent*innen zu Themen des Globalen Lernens überwiegend aus Berlin „angereist“. Ein Workshop an einer Schule im südlichen

Dahme-Spreewald, in der der Unterricht um 07:50 Uhr beginnt, ist bei der Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlichtweg nicht möglich. Auch Bildungsmaterialien des Globalen Lernens beziehen sich häufig auf großstädtische Lebenswirklichkeiten. Selbst wenn das Material didaktisch gut angelegt und sofort einsatzbereit ist, ist es das für unsere Arbeitszusammenhänge eben nicht. Damit liegt es in der Hand derjenigen, die mit dem Material arbeiten, eine Übersetzung auf ländliche Lebenswirklichkeiten zu leisten. Dafür fehlen z.B. Lehrkräften in der Regel die Zeit und die Erfahrung mit BNE-Projekten.

Darüber hinaus werden auch Entscheidungen bezüglich inhaltlicher und struktureller Rahmenbedingungen unserer Arbeit „in der Stadt“ getroffen. Es findet sich beispielsweise im Rahmenlehrplan für Berliner und Brandenburger Schulen die Empfehlung „mit außerschulischen Partnern zu kooperieren und außerschulische Lernorte, wie entwicklungspolitische Bildungseinrichtungen zu nutzen“³. Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass die Bereitschaft der Schulen dazu hoch ist, aber: Wo auf dem Land gibt es denn jenseits der Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT) Einrichtungen, die sowohl über das Fachwissen als auch über Bildungskonzepte sowie die erforderlichen personellen Kapazitäten verfügen, um Globales Lernen an Schulen flächendeckend anzubieten?

Eine unserer Hauptaufgaben als Promotorinnen besteht also darin, entwicklungspolitische Perspektiven und Bildungsmaterialien in ein ländliches Selbstverständnis zu übersetzen. Wirksam werden wir damit, wenn deutlich wird, was die Auseinandersetzung mit den Themen des Globalen Lernens zur regionalen Strukturentwicklung beiträgt.

3 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin / Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (2015): Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1–10 der Berliner und Brandenburger Schulen, Teil B Fächerübergreifende Kompetenzentwicklung, S. 34; https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/Rahmenlehrplanprojekt/amtliche_Fassung/Teil_B_2015_11_10_WEB.pdf

Best-Practice-Beispiel für Weltoffenheit und Nachhaltigkeit in Werder (Havel)

Simone Holzwarth

Eine-Welt-Promotorin, Stadt-Land.move e.V.



Uferwerk – Weltoffenes Werder

Mit Unterstützung entwicklungspolitisch Engagierter wuchsen in Werder (Havel) in den vergangenen Jahren mehrere Initiativen und Netzwerke, die zu den Themen Antirassismus, Weltoffenheit und Nachhaltigkeit arbeiten. Auf dem Gelände der sozial-ökologischen Wohngenossenschaft Uferwerk entstand Anfang 2017 die Klimawerkstatt Werder. Finanziert aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative baute der Verein Halle 36 e.V. Fahrrad-, Näh- und Holzwerkstätten auf, die als nachbarschaftlicher Begegnungsort mit Kursen, Gruppentreffen, Repair-Cafés und Kleidertausch-Partys genutzt werden.

Auch aus Mitbegründer*innen des Uferwerks entstand 2016 die Initiative zur Gründung des Vereins Stadt-Land.move – Werkstatt für sozial-ökologischen Wandel. Der Verein setzt sich dafür ein, Projekte des Wandels im südwestlichen Brandenburg aufzubauen, sichtbar zu machen und mit der Politik in einen konstruktiven Dialog zu treten. Kernthemen der Arbeit sind dabei Ernährungssouveränität und kritische Ernährungsbildung, Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung, Antirassismusarbeit, Demokratie und Partizipation sowie alternative Ökonomie und Postwachstum. Seit der Gründung 2017

ist Stadt-Land.move Teil des Aktionsbündnisses Weltoffenes Werder und hat den Aufbau intensiv begleitet. Auch die Klimawerkstatt ist Teil des Bündnisses.

Das Aktionsbündnis ist ein Netzwerk von ca. 20 Initiativen, evangelischer Kirche, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Einzelpersonen aus Werder (Havel) und Umgebung. Gemeinsam machen sich die Akteur*innen stark für eine offene, demokratische und solidarische Stadt und Gesellschaft und positionieren sich klar gegen Rassismus und Ausgrenzung, rechte Verschwörungstheorien und anderes menschenfeindliches Gedankengut. In der Region um Werder treiben Neonazis wie der 3. Weg und neue Rechte ihr Unwesen und die Stadt ist Sitz des rechten verschwörungstheoretischen Verlags Compact. So verwundert es nicht, dass die landesweite Wahlparty der AfD anlässlich der Landtagswahlen am 1. September 2019 auf der Bismarckhöhe in Werder stattgefunden hat.

Unterstützt durch die seit Anfang 2019 bestehende Promotorinnenstelle bei Stadt-Land.move und mit Mitteln der Landeszentrale für politische Bildung und Tolerantes Brandenburg konnte das Aktionsbündnis im Wahljahr 2019 vielfältige Aktivitäten durchführen. Vom 24. bis 31. August fand unter der Schirmherrschaft von Bürgermeisterin Manuela Saß

(CDU) die Aktionswoche Weltoffenes Werder mit Podiumsdiskussionen, Festen, Kunstaktionen, Theater und Konzerten statt. Zur Eröffnung wurde ein buntes Familienfest in unmittelbarer Nähe des neu eröffneten Übergangwohnheims für Geflüchtete gefeiert, bei dem viele Vereine und Initiativen aus Werder mithalfen. Ein Höhepunkt in der Woche war der Auftritt der bolivianischen Kinder- und Jugendtheatergruppe Teatro Trono im lokalen Theater mit ihrem Stück über Klimagerechtigkeit. Beim Abschluss-Festival feierten 800 Besucher*innen vor der Heilig-Geist-Kirche auf der Insel. Lokale Musikgruppen und Bands traten auf und Akteur*innen, die sich für Weltoffenheit in der Region einsetzen, stellten sich vor. Mit dabei waren unter anderem das Aktionsbündnis Brandenburg, die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft, Seebrücke Brandenburg und Women in Exile.

Auf der Bühne wurde auch die erneute Zunahme rechts motivierter Kriminalität in Brandenburg thematisiert: „Wir wollen nicht, dass Ausgrenzung und Hass auch in Werder um sich greifen, dass sich Menschen wegen ihrer Herkunft unsicher fühlen oder

dass antirassistisches Engagement bedroht wird“, sagte Eine-Welt-Promotorin Simone Holzwarth von Stadt-Land.move e.V. Große Anerkennung bekam die Arbeit auch von der Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Manja Schüle (SPD) und von Annalena Baerbock, der Bundesvorsitzenden von Bündnis 90 / Die Grünen. Beide besuchten das Festival und kamen mit Besucher*innen ins Gespräch. Muwafaq Saeed vom Netzwerk Neue Nachbarn überreichte Bürgermeisterin Saß den „Baum der Vielfalt“, ein Apfelbaum behängt mit Wünschen der Aktionswochen-Besucher*innen für ein zukunftsfähiges Werder. „Der Baum wird direkt vor die neue Touristeninformation gepflanzt. Wenn die ersten Äpfel reif sind, ernten wir sie gemeinsam mit den Geflüchteten in Werder“, bedankte sich die Bürgermeisterin. Auch im kommenden Jahr soll das Bündnis weiter verbreitert und die Aktivitäten fortgesetzt werden. Was aus den ersten beiden Jahren Aktionswoche definitiv deutlich wurde, ist die zentrale Bedeutung von langfristiger personeller Unterstützung, da diese Arbeit ehrenamtlich über einen längeren Zeitraum nicht zu stemmen ist.

» Gibt's das auch
in digital? «

WeltTrends im E-Abo

Jetzt Preisvorteile nutzen!

Elektronisches Abo abschließen und sparen.
Auch als Kombi (Digital & Print) erhältlich.

welttrends.de/abo



Highlight entwicklungs- politischer Arbeit in Brandenburg

Eine Zusammenfassung der
Entwicklungspolitischen
Fachtagung am 22. März 2019
in der Investitionsbank des
Landes Brandenburg

Heike Möller

WeltTrends – Potsdamer Wissenschaftsverlag



Die Ausrichtung entwicklungs-
politischer Tagungen und Konferenzen hat Tradition in der
Landeshauptstadt Potsdam. Ausgangspunkte
für die diesjährige Veranstaltung im Früh-
jahr waren u. a. die Vorbereitung für den mitt-
lerweile 10. Round Table Entwicklungs-
politik Brandenburg, die Verabschiedung seines
Strategiepapiers im Hinblick auf die Landtags-
wahlen am 1. September 2019 in Brandenburg
sowie die anstehende Fortschreibung der Ent-
wicklungspolitischen Leitlinien. VENROB e.V.
und die BBAG e.V. haben mit der Außenstelle
Berlin-Brandenburg von Engagement Global
einen kompetenten Partner zur Unterstützung
dieses Vorhabens gefunden.

Rund 75 Vertreter*innen aus Politik, (Kom-
munal-)Verwaltung, Wissenschaft und Zivil-
gesellschaft folgten der Einladung zu einem
kritischen und konstruktiven Austausch in der
Landeshauptstadt. Eröffnet wurde die Fach-
tagung von dem auch für Entwicklungspolitik
zuständigen Minister Stefan Ludwig (MdJEV),
der sich in der anschließenden Fragerunde für
das Brandenburger Engagement z.B. gegen
eine restriktive Flüchtlingspolitik aussprach
und lieber Brücken statt Zäune bauen würde.
Im Detail verwies er allerdings auf unter-
schiedliche Ressortverantwortlichkeiten und
beklagte, dass die politische Beteiligung von
den Parteien weg und hin zur Zivilgesellschaft
driftet. Warum wohl?

Nach dem moderierten Kennenlernen wurde
das in mehreren Schritten partizipativ erarbei-
tete Strategiepapier des Round Table Entwick-
lungspolitik Brandenburg „Austausch fördern
– Menschen überzeugen – Akzente setzen“ im
Plenum vorgestellt. Als wichtiges Instrument
für politische Teilhabe formuliert es die Erwar-
tungen der Nichtregierungsorganisationen
an Entscheidungsträger*innen in Politik und
Verwaltung der Landes- und Kommunalebene
sowie an die Öffentlichkeit.

Im Laufe des Vormittags bot sich das Format
des moderierten Dialogs an, Projekte der ent-
wicklungspolitischen Inlandsarbeit vorzustellen,
wie die Städtepartnerschaft Potsdam-Sansibar-
Town (Koordinierungsstelle Klimaschutz der
Stadtverwaltung Potsdam) oder die internatio-
nale Neuausrichtung des Lehniner Kürbisfestes
(Lehniner Institut für Kunst und Kultur e.V.). Es
wurde der Frage nachgegangen, welchen Bei-
trag die UN-Dekade für Menschen mit afrikani-
schen Vorfahren für ein weltoffenes, antirassis-
tisches Brandenburg leisten kann (PAWLO) und
welcher Strategien es bedarf, rassistischen und
nationalistischen Tendenzen entgegenzuwir-
ken (Stiftung Nord-Süd-Brücken e.V.). Kreative
Einmischung in aktuelle entwicklungs-
politische Fragen findet nicht nur in der konkreten Pro-
jektarbeit mit Geflüchteten statt (NeMiB e.V.).
Das Uferwerk, eine sozial-ökologische und
generationenübergreifende Wohngemeinschaft

auf einem ehemaligen Industriegelände an der Havel in Werder hat mit seinem „Aktionsbündnis weltoffenes Werder“ eine Begegnungsplattform geschaffen (Stadt-Land.move e.V.). So auch die Wandelwoche Berlin-Brandenburg, entstanden 2015 aus dem Kongress für solidarische Ökonomie und Transformation (kurz SOLLIKON) an der Technischen Universität, die sich mit ihren Projekten an der Schnittstelle von Kunst und Weltoffenheit bewegt.

Der Nachmittag war der thematischen Vertiefung in Arbeitsgruppen vorbehalten. In Workshop 1 ging es darum, weitere Vorschläge und Anregungen in den Entwurf des oben genannten Strategiepapiers aufzunehmen als Abstimmungsvorlage für den 10. Round Table Entwicklungspolitik am 8. April. Herausgearbeitet wurden insbesondere die Forderung nach kontinuierlicher finanzieller Absicherung der NGO-Arbeit, die Betonung der Vorbildfunktion von öffentlicher Verwaltung bezüglich Maßstäben und Richtliniensetzung bei der Beschaffung, die Notwendigkeit einer integralen Internationalisierungsstrategie des Landes sowie die Feststellung, dass Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit immer mit anti-rassistischen Positionen verbunden ist.

In Workshop 2 ging es um die Frage, wie durch „Globales Lernen“ und „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ ein nachhaltiges und weltoffenes Brandenburg entstehen kann. Vorgestellt wurden die Erkenntnisse aus der Workshop-Reihe „Entwicklungspolitik-to-Go“ der Stiftung Nord-Süd-Brücken sowie eine Reihe konkreter Beispiele aus der Praxis unterschiedlicher Gruppen und Netzwerke. Wie dem zunehmenden Rechtspopulismus mittels Bildungsarbeit begegnet werden kann, z. B. unter Einbeziehung migrantischer Referent*innen, und welche Erfahrungen dabei im urbanen und ländlichen Raum gemacht werden, war dem Input von Carpus e.V. zu entnehmen. Entscheidend sei es, mit positiven Beispielen zu arbeiten, das inspiriere und mache Mut. Hierzu zählt auch das Promotor*innenprogramm, das in den vergangenen 6 Jahren mit mittlerweile bundesweit 150 Akteur*innen messbare Fortschritte aufweisen kann.

Die Verzahnung von Flucht und Migration auf kommunaler Ebene und in der Landesregierung sowie Nachhaltigkeit waren Themen des dritten Workshops. Die Vertreterin von PAWLO forderte, die Sichtbarkeit von Migrant*innen und ihrer Organisationen in den Kommunen zu erhöhen, um wirkungsvoller dem Rassismus in den Kommunen entgegenzutreten.

Der Grad der Sensibilisierung für Klimaschutz in den Gemeinden ist trotz entsprechender Mitarbeiter*innenschulung sehr unterschiedlich und erfährt aufgrund wenig koordinierter Maßnahmen auch viele Hürden (Klimaschutzkoordinator des Landkreises Teltow-Fläming). Zur Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises gehören Schulprojekte, Aktivitäten der Umwelterziehung sowie die neue internationale Klimapartnerschaft mit Katima Mulilo in Namibia. Mit welchen Schwierigkeiten es die öffentliche Hand bei ihrer Vergabepolitik zu tun hat, zeigte das Beispiel der Initiative „Eine Welt Stadt Berlin“: Trotz entsprechender Vorgaben zur Nachhaltigkeit sind längst nicht alle Fußbälle, die in die Schulen kommen, fair gehandelt, u. a. auch weil die Kontrollen gering sind. Es wurde deutlich, wie komplex Entwicklungspolitik als gesellschaftliche Aufgabe im Inland gesehen wird und wie groß die Notwendigkeit einer verstärkten Bewusstseinsbildung für Klimaschutz und nachhaltige Beschaffung gegen den Klimawandel ist.

Auch Vorschläge und Ideen gab es: Richtungsweisend für die nachhaltige Ausrichtung der 30-Jahr-Feier der Deutschen Einheit 2020 in Potsdam sollte die Umstellung auf biologisches, faires, regionales und Mehrweg-Geschirr-Catering sein, die Einbindung von Migrant*innenorganisationen, um die Vielfalt in Brandenburg sichtbar zu machen, Konzepte des öffentlichen Nahverkehrs u. a. m. Genug Stoff für weitere Veranstaltungen dieser Art.

Die eintägige Veranstaltung bot ein konzentriert und abwechslungsreich dargebotenes, weitgefächertes Spektrum entwicklungspolitischer Arbeit in Brandenburg. Die vollständige Dokumentation ist unter <https://entwicklungspolitik-brandenburg.de> abrufbar









Aus der Arbeit des 10. Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg (RTEP) vom 8.4.2019

Fassung für Stakeholder, Stand 28.6.2019:
Harald Melzer, Heike Möller, Uwe Prüfer

Detlev Groß (MdJEV) und Uwe Prüfer (VENROB e.V.) begrüßen als Moderatoren des 10. Round Table Entwicklungspolitik alle Anwesenden. Zwar seien noch nicht ganz zehn Jahre vergangen, seit man sich im Dezember 2010 zum ersten Mal getroffen habe, aber dennoch sei das zehnte Treffen ein kleines Jubiläum. Detlev Groß bedankt sich bei den Teilnehmenden dafür, dass diese seitdem engagiert dabei mitgeholfen haben, die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung zu etablieren und umzusetzen. Nach einem herzlichen Willkommen für Minister Stefan Ludwig (Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg) ergreift dieser das Wort.

Eröffnung durch den Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Minister Stefan Ludwig gratuliert dem RTEP zu zehn erfolgreichen Treffen, die Anlass seien, ein wenig zu feiern. Er bittet die Anwesenden aber gleichzeitig, den Blick nach vorn, auf die bevorstehenden Aufgaben und Herausforderungen zu richten. Der RTEP solle auch künftig als verlässliches Gremium auf Kontinuität in seiner Arbeit angelegt bleiben. Bisher habe der Bei-

trag des RTEP die Landesregierung maßgeblich dabei unterstützt, konzeptionelle, nachhaltige und strategische Antworten auf die Oberthemen der heutigen Zeit zu entwickeln:

- Globalisierung
- Klimaschutz
- Migrationspolitik

Es gehöre zu den wichtigen Aufgaben der Landesregierung, ein offenes Ohr für die aktuellen Diskussionen im Land zu haben und gemeinsam mit den Akteur*innen der Zivilgesellschaft zügig zu Ergebnissen und Antworten zu kommen. Die kritische Teilnahme der Bürger*innen an diesen Diskussionen verpflichte die Landesregierung, gut vorbereitet und breit aufgestellt zu sein, um teilweise tagesaktuell und vor allem generationsübergreifend Ideen und Impulse aus der Bevölkerung aufzugreifen und gleichzeitig kompetent Antworten geben zu können.

2019 sei für das Land Brandenburg mit insgesamt drei Wahlen (Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen) ein sogenanntes Superwahljahr. Dabei könne sich niemand diesen drei Kernthemen entziehen. Die europäischen Institutionen gäben inzwischen in Bereichen wie Klima- und Emissionsschutz klare Vorgaben. Aber letztlich würden die Wähler*innen die Antwort darauf geben, wie gut es gelingt, das Thema Nachhaltigkeit zu positionieren. Es ist

zwar mit allen Wahlen verbunden, aber insbesondere die Landtagswahlen würden zeigen, wie gut es in Brandenburg gelungen ist, das Thema Nachhaltigkeit bis zum Wähler zu bringen.

Gegenwärtig zeigten die Freitagsdemos der Schüler*innen, dass wir uns den kritischen Fragen und Forderungen der kommenden Generation – der unserer Kinder – nicht nur stellen müssen: Wenn wir wollen, dass die jungen Menschen frühzeitig lernen, dass sich ihre Teilnahme an der Diskussion um die genannten Themen lohnt, müssten auch wir Offenheit und Gesprächsbereitschaft zeigen. Dabei sei es von enormer Wichtigkeit, die Jugendlichen zu befähigen, die Informationsflut der sozialen Medien so zu nutzen, dass die elementaren Aspekte und Inhalte eines nachhaltigen Handelns von ihnen mitgetragen werden.

Die Ergebnisse der Diskussion des RTEP von heute würden dem Kabinett und dem Landtag dabei behilflich sein, nicht nur Brandenburg, sondern mittelbar auch Deutschland in diesem Zusammenhang weiterzubringen. Der Minister wünscht dem RTEP einen guten Verlauf für die heutige Runde, bedankt sich für dessen kontinuierlich hochwertige Zusammenarbeit mit seinem Ministerium.

Nach den Ausführungen wird Minister Ludwig verabschiedet und Detlev Groß stellt die Tagesordnung vor. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde aller Teilnehmenden wird dem Leiter des Referates L3 des BMZ, Holger Ehmke, das Wort erteilt.

Legitimität von Entwicklungspolitik in Zeiten des erstarkten Populismus – Brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Kommunikation?

In Form eines kurzen Abrisses äußert *Holger Ehmke* sich zu der Frage nach der aktuellen Legitimität von Entwicklungspolitik in Zeiten eines stärker werdenden Populismus. Er stellt

eindringlich die Frage in den Raum, ob und wenn ja wie ein ergebnisorientierter Paradigmenwechsel in der diesbezüglichen Kommunikation erfolgen könne. Er unterstreicht die elementare Wichtigkeit neuer Formate und Strategien in der Kommunikation, um den sprichwörtlichen Nerv der Öffentlichkeit besser zu treffen. Dies vor allem, um dem Thema Entwicklungspolitik die ihm zustehende und notwendige Legitimität im öffentlichen Diskurs zu geben.

Seit 2015 seien bereits drei Studien im Auftrag des BMZ zu den Auswirkungen entwicklungspolitischer Kommunikation durchgeführt worden. Die Ergebnisse der ersten beiden Studien hätten dabei folgendes bestätigt:

- Im Prinzip sollte man sich von der Wirkung einer allgemein gehaltenen Kommunikation in Form von Berichterstattungen nicht zu viel erwarten. Die meisten dieser Informationen landeten in erster Linie bei Fachleuten. Obwohl die Not vielerorts in der Welt größer werde und die Zahl kriegerischer Auseinandersetzungen zunehme, bliebe es eine große Herausforderung, bei der man sich nach wie vor schwertue, eine allgemein desinteressierte Öffentlichkeit mit dem Thema nachhaltige Entwicklungspolitik zu erreichen.
- Im zweiten Schritt sei es von großer Bedeutung, ein artikuliertes und starkes entwicklungspolitisches Engagement der reichen Nationen im entwicklungspolitischen Umfeld zu unterstreichen.
- Dies führe drittens zu der Konklusion, dass grundsätzlich mehr ODA-Mittel benötigt würden. In Deutschland bewegten wir uns dabei langsam auf die 0,7 Prozent des BIP zu.

Natürlich gehe es nicht nur um ein stabiles Budget. Zahlreiche weitere Themen schlössen sich an. Auf ministerialer Ebene gebe es deutschlandweit etliche positive Ergebnisse, von denen allerdings in der Öffentlichkeit nur sehr wenig hängen bleibe. Nicht zuletzt auch deshalb, weil das Umfeld sich in einem ständigen Wandel befinde. Insbesondere das

Thema Klimawandel sei inzwischen allgegenwärtig und der Öffentlichkeit deshalb halbwegs bewusst, aktuell auch multipler Effekt der Freitagsdemos. Diese breite Öffentlichkeit diskutiere zunehmend die Klimafrage, insbesondere nach dem warmen und trockenen Sommer 2018, wodurch diese auch zu einer Art Tummelplatz für Populisten jeder Couleur geworden sei.

Für die Kommunikation bedeute diese Ausgangslage viel Mühe und Anstrengung bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen für eine nachhaltige entwicklungspolitische Kommunikation. Im Grunde gehe es darum, dazwischen zu unterscheiden, was getan werden sollte und was getan werden muss. Dabei sei festzuhalten, dass es zahlreiche weitreichende und richtungsweisende Entscheidungen zu treffen gilt, für die es schon seit Willy Brandts Bericht an den Club of Rome präzise Vorschläge gegeben hat.

Erst seit Kurzem verankere sich der Gedanke im allgemeinen Bewusstsein, dass es um die Zukunftsperspektiven der Kinder und Jugendlichen heute geht, Beispiel Greta Thunberg. Erstaunlich und kommunikativ schwer zu bewältigen sei dabei die Sturheit der Klimawandelgegner. Eigentlich sei diese sehr treffend mit der Haltung der *Brexiters* vergleichbar. Unabhängig davon bleibe es aber entscheidend, durch entsprechendes Handeln auch eine der Dimension der Herausforderung angemessene Verantwortung zu zeigen. Das kontraproduktive Gewicht des Populismus wirke auf das Thema Klimawandel vergleichbar wie auf das Thema Migration. Es hebele den Multilateralismus sowie dessen Regeln und bewährte Strategien aus und erhöhe den Reaktionsdruck. Speziell der Rechtspopulismus habe es längst geschafft, die Art der Diskussionen um diese Themen mitzuprägen und werde deshalb auch nicht so einfach wieder verschwinden.

Der Umstand, dass wir in Deutschland derzeit schon ca. 240.000 zusätzliche Fachkräfte benötigen, stehe als Faktum im Raum, werde aber gleichzeitig durch die nicht enden wollenden Diskussionen um künftige Integration

massiv in seiner Handhabbarkeit beeinflusst. Für die kommenden Jahre werde es also auch entwicklungspolitisch schwieriger, die bewährten Positionen zu halten.

Etwaige Änderungen des derzeitigen Engagements ließen erahnen, welche Konsequenzen und dimensional Veränderungen durch eine regressivere Haltung in Fragen der Entwicklungspolitik bevorstünden. Gegenwärtig bestehe eine der Migration entgegenwirkende Maßnahme darin, allein in Afrika dabei behilflich zu sein, in den nächsten Jahren rund 20 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür habe die Bundesregierung bisher jährlich lediglich rund zehn Millionen Euro an Mitteln bereitgestellt.

In einer vertraulichen Stellungnahme zur Entwicklungspolitik bis 2030 werde ein Paradigmenwechsel für die künftige Herangehensweise angemahnt. Man müsse überlegen, wie wir mit diesen Themen in Zukunft weiterkommen, womöglich mit stärkerer öffentlicher Beteiligung. Keine Mauern oder andere Maßnahmen zur Abschirmung würden verhindern, dass die heute noch vor allem anderswo existierende Probleme permanent in der Ersten Welt ankommen. Die Schwierigkeit bestehe darin, die planerischen Vorhaben mit der Praxis zu verbinden. Die anstehenden Probleme müssten neue Positionen berücksichtigen:

- Standortsicherung der Ersten Welt
- Fluchtursachenbekämpfung
- Paradigmenwechsel

Mit fortschreitender Zeit der politischen Beteiligung von Populist*innen würden deren Anfragen mit Bezug auf die oben genannte Positionsdebatte professioneller. Deshalb könnten wir schon längst nicht mehr damit zufrieden sein, einfach nur eine entsprechende Analyse auf den Tisch zu legen. Die Ergebnisse müssten auch in der Entwicklungspolitik verankert und umgesetzt werden.

Mit dem Ende des Vortrages von Holger Ehmke, gehen die RTEP-Teilnehmenden direkt zu Fragen und Kommentaren über.

Rahime Diallo (NEMIB e.V.) verweist auf die Veranstaltung in der ruandischen Botschaft in Brüssel anlässlich des 25. Jahrestages der Massaker in diesem afrikanischen Land. Mit Bezug auf die genannten Positionen der Entwicklungspolitik fragt er nach den Maßnahmen zur Steigerung der Glaubwürdigkeit in den betroffenen Ländern und nach der Klarstellung der wirklichen Motive Europas. Die gegenwärtige entwicklungspolitische Maske verhülle einen vorhandenen strukturellen Rassismus, sichtbar an den ertrunkenen Geflüchteten im Mittelmeer. Eine künftige Zusammenarbeit werde dadurch weiter erschwert. Deshalb sei es an der Zeit für ethisches „Awareness-building“. Auch der Globale Norden sei eine Region der Entwicklungspolitik. Die weltweiten Kooperationen Jugendlicher zu diesem Thema belegten dies. Nicht nur die deutsche Entwicklungspolitik als Instrument der Kooperation müsse mit ansehen, wie sich in vielen Ländern die Aufmerksamkeit neuen Partner*innen wie etwa China oder Brasilien zuwende.

Marianne Ballé Moudoumbou (PAWLO) erinnert ebenfalls an den Genozid in Ruanda vor 25 Jahren. Dies gebe Anlass, die Frage zu stellen, was Brandenburg im Hinblick auf eine Umsetzung der UN-Resolution 1325 (United Nations Security Council Resolution 1325, on Women, Peace, and Security) eigentlich bisher unternommen habe. Sie sei überzeugt, dass ein stärker paritätisches Vorgehen dazu führt, insgesamt mehr erreichen zu können als bisher.

Holger Ehmke räumt ein, dass in der aktuellen entwicklungspolitischen Ausrichtung ein Glaubwürdigkeitsproblem bestehe und dies ein Umstand sei, an dessen Lösung gezielt gearbeitet werde. Eine Entwicklungspolitik der Reformpartnerschaft und der Regionalisierungen bei gleichzeitiger Etatförderung könne ein erhebliches Steuerungspotenzial erzeugen. Empfängerländer sollten z.B. Rechnungshöfe aufbauen, um qualifiziert Mittel zu erhalten. Damit schreite eine Konditionalisierung der Entwicklungspolitik weiter voran. Dies betreffe in der Regel die Vergabe von KfW-Krediten. Wer hier die Bedingungen nicht erfüllen könne, erhalte auch keine Mittel. Das System tue sich schwer

im Umgang mit der Vielzahl an Berater*innen und biete damit Ansatz für Kritik. Die Glaubwürdigkeit der Entwicklungspolitik müsse neu entstehen. Wie von Rahime Diallo angesprochen, finde zunehmend ein Ausweichen auf andere Geldgeber*innen statt. Auf diese Weise finde zumindest das Ego-Problem eine billige Gnade – auch die VR China mache in diesem Bereich nichts ohne eigenen Nutzen.

Die Themen Migration und Entwicklungspolitik würden nicht über die Wirtschaft allein gelöst werden. Dieser Umstand und die AfD mit rund 20 Prozent Wähleranteil stünden als Herausforderungen im Raum. Die gegenwärtigen Freitagsdemos der Schüler*innen haben ihren Antrieb genau darin. Einerseits gehe Schule schwänzen nicht, aber man erkenne, dass es an der Zeit ist, dass etwas in Bewegung kommt. Es sei eine Kommunikation im Übergang und es stelle sich die Frage, ob Demonstrationen dabei eine Art der politischen Bildung für Entwicklungspolitik sind.

Marianne Ballé Moudoumbou unterstreicht, dass deutsche Maßnahmen beispielsweise in Mali aus diversen Gründen oder im Kongo wegen Coltan-Förderung Belege für die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen durch Entwicklungspolitik seien. Wenn man diesbezüglich die Wahrheit sagen würde, nähme dies allen Parteien den Wind aus den Segeln. Man müsse den Mut haben, dann auch zu sagen: Menschen, die hier leben, zahlen proportional mehr ein. Wahrheit habe immer ein Gesicht.

Dr. Ermyas Muluguta (Löwenherz e.V.) stellt die Frage nach den Möglichkeiten der hier lebenden Migrant*innen, gemeinsam mehr Druck vor Ort ausüben zu können. Auch die Frage nach dem von Deutschland aus betriebenen Waffenhandel sucht nach Antworten. Themen wie die Rassismusdebatte am Beispiel Namibia – der Umgang mit kolonialen Verbrechen – verdeutlichten den Bedarf kritischen Umgangs durch die Politik. Einerseits werde US-Präsident Trump wegen „American First“ stark kritisiert, aber Europa mache es nicht anders. Sein Fazit: Die Politik sende keine entwicklungspolitischen Signale.

Detlev Groß resümiert diesen ersten Teil der Runde: Die Themen als solche seien anscheinend fast überall angekommen. Er verweist auf die nach wie vor bestehende Problematik, mit der entwicklungspolitischen Kommunikationsstrategie bei den Rezipienten anzukommen. Es bleibe die Frage, ob das Thema Entwicklungspolitik und die Elemente der SDGs richtig kommuniziert würden oder ob hier nicht entscheidend mehr passieren müsse.

Dr. Martin Pohlmann (MLUL) merkt an, dass man das Thema Kommunikation auf dem Schirm habe. Allerdings werde es allein durch verbesserte Kommunikation weder gelingen, die betroffenen Institutionen einander näherzubringen noch das Thema Entwicklungspolitik zu stärken. Auch die Wähler blieben von diesem Dilemma – wenn auch nicht zwingend – betroffen. Der angesprochene Paradigmenwechsel sei ein Ziel. Auf dem Weg dorthin müsse mit Mehrdeutigkeiten gelebt werden. Nachhaltigkeit sei Verantwortung für Gegenwart und Zukunft.

Barbara Richstein (MdL, CDU) gibt zu bedenken, dass wir uns in diesem Kreis dessen bewusst seien, aber die Entscheidungsträger*innen, die Wählerschaft etc. nicht unbedingt. Sie verweist auf die Ablehnung des Antrages in der Stadt Falkensee für eine Beteiligung an der Initiative „Fairtrade-Town“. Auch die Freitagsdemos seien bei etlichen Jugendlichen eher cool, weil Schule geschwänzt wird. Es stünden jedoch Fragen zur nachhaltigen Lebensweise jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers an. Gleichzeitig stünde das Generationenthema mit dem Verständnis im Vordergrund, eine verlorene Generation zu sein.

Christina Katzer (jusev) ist der Ansicht, dass diese Generation nicht verloren sei. Es gehe auch stark um Themen wie Geld und berufliche Stabilität. Die Aktionen des GLOS-Projektes von jusev, wie z. B. die Karikaturenausstellung, hätten eine positive Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt. Trotzdem müssten wir alle kontinuierlich weiter über attraktive Formate der Kommunikation nachdenken.

Marion Piek (Brandenburg 21 e.V.) ergänzt den Aspekt einer selbstkritischen Haltung beim Thema Kommunikation. Das zeige sich beispielsweise auch daran, dass der Workshop 1 im Rahmen der entwicklungspolitischen Fachtagung am 22.3.2019 in Potsdam, in der das Strategiepapier des Round Table Entwicklungspolitik „Austausch fördern – Menschen überzeugen – Akzente setzen“ nur mäßiges Interesse fand. Alle Akteur*innen wollten handeln, doch keiner wolle so recht über notwendige strategische Maßnahmen nachdenken. Hier müsse man pointierter sein und klarer gesprochen werden, auch zum Thema Populismus.

Marion Duppel (ESTARuppin e.V.) bemerkt, dass zum Thema Klimawandel inzwischen eine Art anerkannter Grundkonsens bestehe. Die Polemik von rechts habe sie dennoch zunächst erheblich verunsichert und die Wichtigkeit einer starken Kommunikation vor Augen geführt.

Rahime Diallo greift das Thema Freitagsdemos erneut auf und stellt fest, dass ihm die Anerkennung für das von Greta Thunberg Geleistete fehle. Gerade sie zeige doch, was Mut in der Politik auslösen kann. Was hieße dies für die Entwicklungspolitik? Was wir derzeit tun, sei bei allem Respekt nicht genug. Was müssten wir anders machen, um eine ähnliche Wirkung zu erzielen, wie dieses schwedische Mädchen?

Marianne Ballé Moudoumbou regt an, für eine nicht nur für die Wirtschaft attraktive Öffentlichkeitsarbeit zu sorgen. Dabei könnten sogar Plakate und andere Hilfsmittel die Sichtbarkeit in der Fläche verbessern.

Kerstin Trick (MLUL) wünscht sich positivere Botschaften und Antworten auf die Frage, was für einen selbst dabei herauspringt sowie einen Bezug auf den sogenannten „Mehrwert“.

Dr. Simone Holzwarth (uferwerk) fragt in die Runde, wie der durch die Freitagsdemos entstandene *Follower*-Effekt dazu genutzt werden könne, politisch interessierte Jugendliche mitzunehmen. Diese stellten ihre Fragen vor allem an die Kommunalpolitik. Wen von ihnen interessiere dabei die Kommunikation des BMZ?

Holger Ehmke merkt an, dass nur weil man etwas mit besten Absichten vorbereite, man damit nicht automatisch auf Interesse stoße. Reden und Interviews änderten die Medienwirksamkeit nicht. Man sei deshalb aufgefordert, selbst zu Machern zu werden. Blogs und der Einsatz relevanter sozialer Medien steigerten die Medienwirkung allgemein. Wolle man sich dies zunutze machen, müsse man damit kontinuierlich Wirkung erzielen. Die Demos an Freitagen und das damit verbundene Schwänzen hätten einen besseren medialen Effekt gebracht als Samstagsdemos und 20 Jahre Kommunikation. Man sollte ehrlicherweise auch sagen, dass die Welt sich nicht sofort ändere, nur weil man ein Thema ganz besonders in den Vordergrund rückt.

Detlev Groß bedankt sich bei den Teilnehmenden für die aktive Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt und leitet die Aufmerksamkeit auf die Frage:

Wie hat sich die Entwicklungspolitik auch durch das Wirken des RTEP verändert?

Die Präambel der Verfassung der Landes Brandenburg verzeichnet einen eigenen Passus zur Verantwortung des Landes in der Einen Welt. Dies helfe sehr dabei, auch auf der politischen Landkarte unsere Positionen zu vertreten. Seit 2010 sei wieder ein Budget für Aktivitäten der NGOs eingestellt. Kommunikation und Zusammenarbeit der Akteur*innen hätten sich verbessert. Auch das Entwicklungsjahr der EU 2015 habe dies unterstützt. Die Europa- und internationalen Verbindungen würden dem RTEP helfen, verschiedene Bereiche der Entwicklungspolitik gedanklich zu verknüpfen. Auch auf Landtageebene sei sichtbar, dass Entwicklungspolitik häufiger auf den Tagesordnungen landen. Insgesamt sei die Entwicklungspolitik seit 2009 präsenter und ihre Anliegen werden optimistischer formuliert.

Uwe Prüfer unterstreicht den Nutzen und die Ergebnisse, die sich aus der langjähri-

gen Zusammenarbeit der Stakeholder des RTEP mit ihren vielfältigen Kompetenzen und Wirkungsbezügen ergeben hätten. Dem RTEP komme die Rolle eines verlässlichen und konstruktiven Gremiums für Austausch, Impulsgebung und Koordination zu. Das jährliche Monitoring der Entwicklungspolitischen Leitlinien durch Landesministerien sowie die Berichte der anderen Stakeholder hätten dabei geholfen, die Transparenz der Aktivitäten zu verbessern. Aus seiner NGO-geprägten Sicht habe sich der RTEP gut etabliert. Ein wichtiger aktueller Aspekt sei dabei auch die Mitarbeit der Promotor*innen im Gremium. Er erlebe die Atmosphäre bei den Zusammenreffen des RTEP als konstruktiv, offen und auf gewisse Weise vertrauensvoll. Es gebe aber auch Punkte, die dem RTEP nicht gut gelungen seien, wie z.B. die Einbindung von einigen Stakeholder-Gruppen, wie etwa dem Städte- und Gemeindebund. Der RTEP möchte das reiche Potenzial der Wissenschaft in Brandenburg stärker einbeziehen. Weiterhin sollte die Teilnahme am RTEP auch in Zukunft nur auf Einladung bzw. Anfrage möglich sein, um die Arbeitsfähigkeit zu sichern.

Bezüglich der Mitwirkung an der Erstellung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes sei der RTEP ein ehrliches Gremium. Allerdings liefere er bisweilen zu wenig und zu langsam, um die Landesregierung auf dem Weg zu einer stringenteren und besser abgestimmten landespolitischen Entwicklungspolitik zu helfen. Gründe dafür seien u.a. die mangelnden Ressourcen für die Bearbeitung der Vielzahl möglicher Themenfelder. Neben dem guten Miteinander brauche es hier ein nachhaltiges und zielgenaues Vorgehen. Auch die gesellschaftliche Entwicklung (Populismus etc.) stelle zusätzliche, besondere Anforderungen an den RTEP. Eines der Landesthemen, das Ende der Braunkohleförderung bis 2038, sei unter den aktuellen Umständen nur schwerlich als Erfolg zu verkaufen. Auch kommunal müsse noch deutlich mehr passieren. Zwar hätten wir gute Leute in vielen Bereichen, aber gleichzeitig auch die von den Umständen der Brandenburger Struktur gegebenen Voraussetzungen zu bewältigen.

Detlev Groß wendet sich nun der Verabschiedung des dem RTEP zum abschließenden Meinungsaustausch vorliegenden entwicklungspolitischen Strategiepapiers zu. Das Strategiepapier sei als konstruktiver Beitrag des RTEP zur Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes und gleichzeitig als Meinungsäußerung von am RTEP aktiven Personen zu dieser Politik zu begreifen.

Uwe Prüfer ergänzt, dass der Entstehungsprozess des Strategiepapiers schon als solcher interessant verlaufen sei. Der Entwurf der Steuerungsgruppe wurde im November 2018 bei einem Workshop überarbeitet. Dies sei am 22. März 2019 auf der entwicklungspolitischen Fachtagung in Potsdam in einer eigenen Arbeitsgruppe erneut diskutiert worden, was sich in der nun zur Verabschiedung vorliegenden Version manifestiert habe. Das Strategiepapier sei dabei realistisch, ausbalanciert und gebe Antworten darauf, was gesellschaftlich und politisch in Brandenburg voranzubringen sei. Damit sei es im Hinblick auf die anstehenden drei Wahlen wichtig, insbesondere für die Landtagswahl im September. Über Kommentare sowie eine Verabschiedung des Papiers durch die am RTEP beteiligten Vertreter*innen der nichtstaatlichen Strukturen würde er sich freuen.

Barbara Richstein äußert sich mit mehreren kritischen Anmerkungen. Ihr sei das Vorwort nicht positiv genug, die antirassistische Positionierung der entwicklungspolitischen Strategie der Landesregierung sei nicht deutlich artikuliert. Eine kohärente internationale Strategie der Landesregierung sei nicht vorhanden. Das Papier spreche am Ende nur über Akteur*innen und nicht über Strategie.

Detlev Groß antwortet mit dem Hinweis, dass dort wo internationale Strategien erforderlich und möglich seien, auch an diesen gearbeitet werde. Am RTEP begegne man den betroffenen Gremien und Häusern letztlich immer auf der Arbeitsebene, aber nicht unbedingt mit deren Rückendeckung.

Rahime Diallo unterstreicht, dass entwicklungspolitisch ohne Antirassismus nicht denkbar sei.

Marianne Ballé Moudoumbou erneuert ihre Bemerkung auf eine Bezugnahme auf die erwähnte UN-Resolution.

Dr. Ermyas Mulugeta unterstreicht die Bedeutung dieser Ergänzung vor dem Hintergrund eines real wahrnehmbaren Rassismus. Er legt großes Gewicht auf die Relevanz dieser Erwähnung. Auch die Arbeitsweisen der NGOs auf kommunaler Ebene sollten klarer dargestellt werden, da es für die einzelnen NGOs schwierig sei, hier das Potenzial selbst aufzubringen und mitunter sogar, überhaupt als NGO Anerkennung zu finden.

Nach weiteren Kommentaren durch verschiedene Teilnehmende verständigt sich die Runde abschließend auf den Grundsatz, dass entwicklungspolitisch immer mit einer Antirassismus-Politik einhergehen muss und das Papier um einen entsprechenden Passus (siehe S. 2, Punkt I „Verantwortung erkennen und benennen“) ergänzt wird.

Detlev Groß bittet diejenigen Teilnehmenden, die sich zu einem Votum berechtigt fühlen, nun um selbiges. Das Strategiepapier wird per Handzeichen durch eine deutliche Mehrheit der Anwesenden verabschiedet.

Barbara Richstein schlägt vor, das Papier nach Fertigstellung auch an alle politischen Parteien in Brandenburg zu verschicken.

Detlev Groß bedankt sich beim RTEP für die breite Zustimmung, die der weiteren Arbeit des Round Table eine gute Orientierung geben werde.

Der aktuelle Stand der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg

Dr. Martin Pohlmann (MLUL) beginnt seine Ausführungen mit einem kurzen Rückblick. Der Koalitionsvertrag habe ursprünglich vorgesehen, die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes fortzuschreiben und deren Eckpunkte zu ver-

fassen. 2017 habe die Landesregierung über den Umsetzungsstand berichtet. Über 220 Umsetzungsmaßnahmen seien vorgestellt worden. Am Jahresanfang 2018 sei der Beschluss gefasst worden, die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes an den von den UN formulierten SDGs auszurichten. Im Juli 2018 habe es dazu in Potsdam auf Hermannswerder eine Diskussionsrunde gegeben. Im Januar 2019 habe die Ressortabstimmung zur Strategiefortschreibung begonnen und am 5. April 2019 sei das Mitzeichnungsverfahren gestartet. Der entsprechende Kabinettsbeschluss stehe derzeit noch bevor. Deshalb im Folgenden eine zunächst nur vorbehaltliche Darstellung der grob in zwei Teile untergliederten Strategie:

1. Strategische Ziele (qualitativ)

Hier habe man die Ressorts gebeten, konkrete Ziele zu benennen. Für 15 von 17 SDGs seien auf diesem Wege insgesamt 32 landeseigene Ziele formuliert worden. Diese seien mit Indikatoren und Zielwerten verbunden. Sie definierten die Richtung und zeigten, wo es hingehen soll. Dabei sei die Qualität der Ziele durchaus unterschiedlich. Die „einfachen“ seien etwa Klimaschutz (CO₂-Reduktion). In anderen Bereichen, etwa bei den Definitionen sozialer Ziele, tue man sich schwerer. Seit es die SDGs gibt, gehe es längst nicht mehr nur um die Umweltfragen. Die soziale Gerechtigkeit gewinne zunehmend an Gewicht. Die Messbarkeit der Auswirkungen der entsprechenden SDGs bleibe allerdings eine große Herausforderung. Beispielsweise die Handlungskompetenzen in Konsumfragen: Was genau sei eigentlich nachhaltiges, faires Konsumverhalten? Zieldefinitionen und Wirkungsmessung stelle viele vor große Herausforderungen.

2. Praktische Umsetzung

Wie müsste Kommunikation gestaltet werden? Wie könnte eine stärkere Einbeziehung der Kommunen sowie die Einbeziehung von Beiträgen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft erreicht werden? Es werde eine Reihe von Fachgesprächen geben sowie die Einrichtung

eines Jugendforums Zukunftsfähigkeit Brandenburg, gefördert durch das MBS. Mit der Austauschplattform „nachhaltige Entwicklung“ entstehe ein neues Kommunikationsinstrument, das einer überschaubaren Gruppe verschiedener Repräsentant*innen aus Gesellschaft und Wirtschaft zum regelmäßigen Gedankenaustausch diene. Die Steuerungsgruppe der neuen Plattform treffe sich am 10. April 2019 zu ihrer konstituierenden Sitzung. Für die kommende Legislaturperiode plane man eine Nachhaltigkeitskonferenz. Zur Schärfung der Kommunikation werde man auch die dazugehörigen Webseiten verbessern und den RTEP dazu einladen, sich mit seinen Inhalten dabei einzubringen. Das gemeinsame Handeln der unterschiedlichen Ressorts in der Interministeriellen Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung habe sich bewährt und werde weitergeführt. Die Entwicklung der Indikatoren zur Berichterstellung werde intensiviert. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg werde dazu einmal pro Legislaturperiode einen Bericht verfassen. Außerdem werde es einmal pro Legislaturperiode einen Bericht der Landesregierung über den Umsetzungsstand und ggf. die Fortschreibung der Strategie geben. Nachhaltigkeit berühre wirklich alle Ressorts. Dies erkläre auch die notwendige intensive Abstimmung der Vorlage.

Was die Aspekte der Kommunikation betreffe, befinde man sich bei der Landesnachhaltigkeitsgruppe wie auch mit der Entwicklungspolitik weit außerhalb des politischen Machtzentrums. Beide Themen würden vom Wähler nur bedingt beachtet, weil bei der Nachhaltigkeit vor allem zukünftige Generationen betroffen seien und bei der Entwicklungspolitik Menschen außerhalb Deutschlands. Man habe deshalb den Wunsch, die Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeitspolitik nicht nur fortzusetzen, sondern auch stärker miteinander zu verzahnen und Synergien zu nutzen. Dafür seien konkret greifbare Projekte wichtig. Man müsse in der Kommunikation konkreter werden, wie z.B. beim Thema faire Beschaffung bis hin zur nachhaltigen Behörde. Die MPK werde dazu demnächst einen Beschluss zur Bund-Länder-Zusammenarbeit bei der nachhaltigen Entwicklung fassen und sich so präserter für

Verwaltungen und andere Institutionen aufstellen. Eine engere Zusammenarbeit bezüglich der Indikatoren-Entwicklung, gerade beim SDG 17 (Partnerschaften) sei wünschenswert. Wenn es gelinge, hier etwas Griffiges zu finden, woran sich alle messen und danach richten können, könnte man Dinge gut auf den Punkt bringen.

Detlev Groß bedankt sich für die Einführung. Er merkt an, dass der RTEP die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes schon sehr früh angenommen und sich auf diese eingestellt habe. Deshalb empfinde sich der RTEP auch als Partner der Landesregierung.

Stephanie Günther fragt, welche Indikatoren die Landesregierung im Hinblick auf ihre Vorbildfunktion an sich selbst anlegen wolle. *Christina Katzer* ergänzt, wie die Landesregierung das intern kommunizieren wolle – angesichts des riesigen Potenzials. Das LISUM z. B. lebe bei seinen Veranstaltungen alles andere als Nachhaltigkeit vor.

Martin Pohlmann antwortet, dass man nur solche ausgewählt habe, auf die man selbst (als Behörde) Einfluss nehmen könne. Engagierte Mitarbeiter*innen der Landesregierung agieren als „Brückenköpfe“ in die einzelnen Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen hinein. Aufgrund fehlender Ressourcen im Landeshaushalt seien weitere verbindliche Festlegungen zum Nachhaltigkeitsmanagement bisher nicht erfolgt. Aber es gehe ja weiter.

Thomas Grimm beklagt, dass von einigen ehemals am RTEP vertretenen Hochschulen und Forschungseinrichtungen heute keine Vertreter*innen gekommen seien und man deshalb nicht mitbekomme, was von dieser Seite gemacht wird. Bei Verträgen des MWFK mit den Hochschulen bezüglich Nachhaltigkeit z. B. in Studienplänen gebe es grundsätzliche Schwierigkeiten mit fehlenden Indikatoren für die Abrechnung. Jede Hochschule agiere individuell. So müsse jeweils in Protokollen nachgesehen werden, wie die Nachhaltigkeit in die Lehrpläne überführt worden ist. Die Frage der Messbarkeit sei hier ein großes Problem.

Mit der Bemerkung, dass Menschen im Öffentlichen Dienst genauso Teil der Gesellschaft sind, schließt *Detlev Groß* den Themenkomplex Landesnachhaltigkeitsstrategie ab. Hier sei gegenseitige Unterstützung angesagt. Er bedankt sich für die Beiträge dieser Diskussionsrunde und stellt kurz Peter Ilk, den Bürgermeister von Baruth/Mark, vor.

Bürgermeister Peter Ilk beginnt seinen Vortrag mit der Bemerkung, dass er sich freue, als Repräsentant einer Kommune auftreten zu können. Die vom RTEP angesprochene Absicht, Kommunen künftig stärker in dessen Arbeit einzubinden, sieht er als einen richtigen Schritt. Anhand seiner Power-Point-Präsentation erläutert er die Beziehungen von Baruth zur Partnerstadt Morun in der Mongolei. Kontakt bestehe bereits seit 2011. Die Partnerschaft mit Morun werde durch die NaKoPa-Förderung von Engagement Global / SKEW mit Mitteln des BMZ stark unterstützt. Baruth/Mark als industrieller Produktionsstandort fokussiere sich auf die Bereiche Holzwirtschaft, Mineralwasserabfüllung sowie Produktion biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel. Morun verfüge beispielsweise bis heute über keine Kläranlage. Baruth habe hier gemeinsam mit Kolleg*innen aus der Tschechischen Republik für die Installation einer ersten Wasseraufbereitungsanlage gesorgt. Als Ort für die Veranstaltung der nächsten Wasserwirtschaftskonferenz im Oktober 2019 passe das ideal zum Baruther Image.

Natürlich verfolge man bei der Umsetzung der Partnerschaft mit Morun in erster Linie langfristige Ziele, die einen nachhaltigen Aufbau unterstützten. Die NaKoPa-Förderung für kommunale Zusammenarbeit habe dabei weitere Umweltthemen wie etwa die Photovoltaik oder die Windenergie im Fokus. Bei allem sei der Ausbau der Bildungszusammenarbeit und des Wissenschaftstransfers die übergeordneten Themenschwerpunkte. Dafür habe man das Haus Baruth in Morun eingerichtet. Derzeit erarbeite Baruth gemeinsam mit dem Südbrandenburgischen Abfallzweckverband (SBAZV) eine Neuausrichtung der Abfallwirtschaft. Kommunale Entwicklungszusammen-

arbeit sei letztlich eine konkrete Umsetzung nachhaltiger Außenpolitik. Fördermittel zur Unterstützung derartigen Engagements gebe es genug.

Auf die Frage von Detlev Groß, wie er die Leute in seiner Gemeinde zur Unterstützung dieses Projektes gewinne, antwortet der Bürgermeister, dass Baruth schon jetzt ein Ort für den aktiven Austausch zu den SDGs sei. Dafür seien vor allem die Baruther Schlossgespräche als ergänzender Erfahrungsaustausch und Ort für Anregungen für Kommunen ideal. Das nächste Baruther Schlossgespräch finde am 26. September 2019 statt.

Durch den intensiven Kontakt mit Morun habe er festgestellt, dass sich dort mit Bezug auf die SDGs schon seit längerem etwas bewege. Das habe die Baruther u.a. auf die Idee gebracht, ein Austauschprogramm für Schüler zu initiieren. „In unserem Landkreis haben wir nicht zuletzt durch diese Partnerschaft erkannt, dass politisches Engagement sich lohnt.“

Die Teilnehmenden bedanken sich bei Bürgermeister Ilk für seinen interessanten und motivierenden Beitrag und gehen zum nächsten Teil des Gedankenaustausches zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes über.

Zur Frage nach der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien im Bildungsbereich teilt *Ramona Krautz* (MBSJ) mit, dass der neue Rahmenlehrplan an den Schulen angekommen sei und somit die Nachhaltigkeit insgesamt fächerverbindend angewandt werde. Überdies gebe es neue Projekte, die sich mit den Aspekten der Nachhaltigkeit befassen würden. Als generelles Problem falle auf, dass es zwar viele Veranstaltungen gebe, aber nur wenige konkrete Projekte. Dies sei bedauerlich, denn gerade in einem Wahljahr wie diesem fänden viele Veranstaltungen statt, nicht zuletzt in Kooperation mit dem Europäischen Parlament, wie ein entwicklungspolitischer Projekttag am 25.3. und eine Juniorwahl am 26.5. Die Projektstage anlässlich der Europa-

wahl würden als Jugendforum zur Nachhaltigkeit vom MBSJ gefördert. Dabei sei die Fördersumme aufgestockt worden.

Ulrich Wendte (MASGF) berichtet darüber, dass seine Behörde ihr Hauptaugenmerk auf rund 15.000 Menschen richte, die unter das Landesaufnahmegesetz fielen und in den Landkreisen und kreisfreien Städten lebten. Die meisten warteten entweder auf das Rechtsschutzverfahren gegen die Ablehnung ihres Asylantrages oder seien nach dessen negativem Ausgang ausreisepflichtig, aber aus verschiedenen Gründen geduldet. Insgesamt überwiege bei Weitem der Anteil von Menschen mit einer eher geringen Bleibeperspektive. Im vergangenen August sei entlang der Handlungsfelder des Landesintegrationskonzeptes vom Herbst 2017 in Potsdam ein „Integrationsgipfel“ durchgeführt worden. Allerdings gebe es in Bezug auf die Notwendigkeit einer kohärenten Integrationspolitik des Landes durchaus Luft nach oben. Er erwähnte das vom Landtag geforderte „Landesaufnahmeprogramm Nordirak“, in dessen Rahmen etwa 60–80 Menschen aus dem Irak nach Brandenburg kämen – Menschen, die eine Flucht weder physisch, psychisch noch finanziell hätten bewältigen können. Konkret hieße das: etwa 20 Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt geworden sind, sowie ihre Familien. Es käme unter anderem wegen gesteigener Sicherheitsanforderungen leider zu relevanten Zeitverzögerungen. Schließlich spricht er das Projekt „Startfinder“ auf der Schnittstelle zwischen Flüchtlingspolitik und Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit an (<https://www.startfinder.de>). Die GIZ und deren Reintegrations-Scouts stünden allen interessierten Stellen für Kooperationen zur Verfügung.

Rahime Diallo erkundigt sich nach der genauen Verteilung der genannten 15.000 Menschen.

Ulrich Wendte informiert, dass diese Verfahren entweder bereits abgeschlossen oder aber, was das Bleiberecht angeht, als sehr kritisch zu bewerten seien. Dabei gehe es in Brandenburg um insgesamt 35.000 Menschen.

Marianne Ballé Moudoumbou stellt fest, dass Abschiebungen nach wie vor im Gange seien. Diese Praxis schließe auch Länder mit ein, die nicht zu den sicheren Herkunftsländern zählen. Für die betroffenen Menschen sei dies ein enormes Problem, speziell für diejenigen, die schon lange in Brandenburg lebten.

Thomas Grimm (MWFK) berichtet über die Bereitschaft seines Hauses zum Technologie- und Wissenstransfer, wenn Kommunen oder Vereine den Bedarf hätten, sich zu Einsparungen von Ressourcen o.ä. beraten zu lassen. Auch die Filmhochschule habe inzwischen ihr Herz für Nachhaltigkeit entdeckt. Sie versuche, diese neuen Ziele auch auf die Filmproduktion zu übertragen und Potenziale zu Einsparungen und Optimierung zu identifizieren.

Detlev Groß berichtet vom Folgemodell für die Reihe von 20 Bürgerdialogen. Im Dezember 2018 sei das neue Format für eine Fachreihe mit Kommunen initiiert worden, die dabei unterstützt werden sollen, einen global-lokalen Zusammenhang herzustellen. Dabei würden die Bürgermeister*innen unter dem Schlagwort „Prima Klima“ jeweils über die kommunalen Verteiler einladen. Diese neue Herangehensweise erlaube es, durch ihre große Fächerung viele einzelne Akteur*innen in den Kommunen zu erreichen. Ab dem kommenden Herbst werde das MdJEV auch wieder direkt in die Kommunen gehen. Vom 12. bis 13. Dezember werde die Fachtagung „Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation“ ihre zweite Auflage erleben. Unter dem Thema „Die Welt als Bedrohung“ würden Aspekte und Zusammenhänge der SDGs und der fortschreitenden Armut sowie die Frage nach der entsprechenden Kommunikation und ihrer Konsequenzen untersucht.

Adina Hammoud stellt die 15. BREBIT vor. Insgesamt seien im vergangenen Jahr 196 Veranstaltungen durchgeführt worden, davon 60 an Schulen (20 erstmalig dabei) in 44 verschiedenen Orten und 17 unterschiedlichen Landkreisen. In jedem Landkreis (außer LDS) habe es mindestens eine Veranstaltung gegeben, bei denen 31 Referent*innen – 12 davon mit Migrationshintergrund – zu Wort kamen.

Rahime Diallo berichtet von der Umsetzung eines vom MASGF unterstützten Filmprojektes. Thema des Films seien Flucht und Ankunft an einem neuen Ort.

Uwe Prüfer gibt einen kurzen Überblick zu den Aktivitäten des VENROB e.V. und berichtet über die schwierige Balance zwischen Alltagsarbeit und der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen. Der VENROB-Rundbrief wird inzwischen an mehr als 2.500 Kontakte des Verteilers geschickt. Dies sei eine schöne Bestätigung für die Annahme, dass je länger das Programm laufe, desto sichtbarer dessen Ergebnisse würden. Das entwicklungspolitische Promotor*innenprogramm habe zum 1. Januar 2019 den Übergang in eine zweite Förderphase vollzogen. Die NGOs hätten vorab in einem offenen Workshop die notwendigen Stellenprofile diskutiert. Es sei die Entscheidung getroffen worden, die aufgestockte Etatzuwendung des Landes auf jetzt 130.000 Euro auch für zwei neue Stellen einzusetzen, um noch mehr in der Breite agieren zu können. Damit arbeiteten derzeit sieben Kolleg*innen auf 4,5 Vollzeitstellen. Sie kooperierten dabei mit drei Kolleg*innen im Programm sowie mit zwei Kollegen des Förderprogramms „Welt-offen Solidarisch Dialogisch“. Im vorigen Jahr hatte VENROB am Round Table das Jugendforum Zukunftsfähigkeit Brandenburg 2017 und 2018 vorgestellt. Zum Jahreswechsel sei das Vorhaben ausgelaufen bzw. werde an andere Trägerschaft abgegeben. Generell sei das Thema der Einbeziehung der Jugendlichen so wichtig, dass hier im Flächenland eine passendere Trägerstruktur benötigt werde.

Daniel Smith von der Stiftung für Engagement und Bildung e.V. berichtet über eine Initiative mit Schüler*innen und Schulen, bei der Geflüchtete sich zur Situation in ihren Herkunftsländern äußern. Die Feedbacktage erarbeiteten aber auch Themen wie klassische Bildung, wirtschaftliche Aspekte wie z.B. Rohstoffe, die Rolle von Subunternehmen u.ä. In Cottbus gebe es spezifische Dialogprojekte, unterstützt durch Ausstellungen und eine App für Smartphones, die damit verbundenen Zusammenhänge vor Augen führten.

Marianne Ballé Moudoumbou berichtet von der Arbeit der panafrikanischen Frauenorganisation PAWLO. Diese stehe speziell Geflüchteten zur Seite und befinde sich derzeit auf der Suche nach neuen Partner*innen, Mentor*innen u.a. für Frauen, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz seien. Entwicklungspolitische Dimension solle im Tandem betont werden. Am 26. Juli werde es anlässlich von 25 Jahren PAWLO eine Veranstaltung zum Thema berufliche Bildungschancen geben. Träger der Veranstaltung sei der Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity (VIW).

Marion Piek informiert darüber, dass der aktuelle Stand zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes bei einer Veranstaltung von Brandenburg 21 e.V. am 28. Mai vorgestellt werde. Zu den vom 25. Mai bis 10. Juni terminierten deutschen Aktionstagen zur Nachhaltigkeit seien auf www.tatenfürmorgen.de weitere Informationen abrufbar.

Nicole Saile, Fachpromotorin für Fairen Handel, berichtet vom Weltladentreffen Ost im vergangenen Jahr. Neben einer engeren Kooperation mit ihren Kolleg*innen aus Berlin, der Durchführung einer Fair-Handelsmesse sowie der Umsetzung einer Positionierungskampagne durch den Weltladendachverband, werde angestrebt, die Weltläden künftig auch stärker als Bildungsort zu profilieren.

Detlev Groß ergreift abschließend noch einmal das Wort. Er bedankt sich bei allen Teilnehmenden und schließt die Runde mit dem Hinweis auf die weitere Arbeit der Steuerungsgruppe. Diese werde sich u.a. mit dem Bürgerfest zu 30 Jahren deutscher Einheit im Oktober 2020 in Potsdam befassen. Er lädt alle ein, sich darüber Gedanken zu machen, in welcher Weise der RTEP bei dieser Gelegenheit in Erscheinung treten könne, und appelliert daran, Vorschläge im Bereich der Themen um Europa und internationaler, nachhaltiger Entwicklungspolitik zu machen.

Round Table

Seit 2010 ist VENROB e.V. der Partner des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (seit 2014 des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz) des Landes Brandenburg bei der Durchführung des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg.

Mit der 1. Veranstaltung des Gremiums am 3. Dezember 2010 wurde der Grundstein zu einem kontinuierlichen Austausch zwischen entwicklungspolitischen Stakeholdern und der Landesregierung gelegt.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung sind am 1. Juni 2012 nach Mitarbeit des Round Table veröffentlicht worden und werden von diesem bei den jährlichen Treffen einem Monitoring unterzogen.

Am Round Table Entwicklungspolitik wird der gesellschaftliche Dialog zur weiteren Umsetzung der am 30.5.2012 beschlossenen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung fortgesetzt.

- Zielstellung der jährlichen Treffen ist es,
- ein Monitoring vorzunehmen bzgl. der bisherigen Umsetzung der Leitlinien.
 - die Komplementarität der Leitlinien mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung zu verstärken unter besonderer Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Aspekte.
 - je nach aktueller Situation bestimmte Schwerpunktsetzungen zu diskutieren
 - weitere Koordinierung und Planung vorzunehmen.

Zur Erhebung über Aktivitäten für eine global nachhaltige Entwicklung in Brandenburger Kommunen 2018

Uwe Prüfer

2. Sprecher VENROB e. V.



In Brandenburg dürfte es vermutlich kaum eine Kommune geben, die sich noch nicht mit Nachhaltigkeit auseinandergesetzt hat. Dies sicher in sehr unterschiedlicher Intensität, Umfang und Wirksamkeit. Rund 40 Städte und Gemeinden im Land Brandenburg verfügten oder verfügen über Beschlüsse zur Lokalen Agenda 21, die sie insbesondere ab Mitte der 1990er-Jahre im Nachklang der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ von Rio de Janeiro 1992 verabschiedeten. Diese wurden mehr oder weniger wirksam umgesetzt, verloren aber insgesamt an Bedeutung. Mit den „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung Brandenburg“¹ von 2012 wird u. a. dafür geworben, die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit in den Landesbehörden dauerhaft zu verankern.

2013 wurden vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg „Eberswalder Thesen zur nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg“² erarbeitet. Diese formulierten aus kommunaler Perspektive und bei Betonung des Rechtes auf

kommunale Selbstverwaltung einige Anforderungen an die damals in der öffentlichen Diskussion befindliche Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS). Auf diese, auch von den Lokalen Agenden geforderte, Landesnachhaltigkeitsstrategie einigte sich die Landesregierung 2014. Eines deren fünf Handlungsfelder fokussiert auf „Lebenswerte Städte und Dörfer“ und bieten Anknüpfungspunkte für nachhaltiges kommunales Handeln. Im Januar 2018 veröffentlichte die Landesregierung den Fortschrittsbericht zur Umsetzung der LNHS und aktualisierte ihn im Mai dieses Jahres mit ausdrücklichem Bezug zur „Agenda 2030“ für nachhaltige Entwicklung der UN.

Um die im Bundesland nicht sonderlich ausgeprägten Nachhaltigkeitsaktivitäten auf kommunaler Ebene mit entwicklungspolitischem Bezug und mit angemessenem Blick auf den globalen Kontext zu unterstützen, werden seit 2016 jährliche Baruther Schlossgespräche durchgeführt. Dieses praxisbezogene Format, an dem die Stadt Baruth mit Bürgermeister Peter Ilk, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)³ von Engagement Global gGmbH sowie die Landesregierung Brandenburg beteiligt sind, hat sich inzwischen als Gremium zum Austausch und Anregung für interessierte Brandenburger Kommunen etabliert.

1 „Entwicklungspolitische Leitlinien“: https://mdjev.brandenburg.de/media_fast/bb1.a.3663.de/entwicklungspolitische_leitlinien_bb.pdf

2 „Eberswalder Thesen“: https://www.stgb-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/stgb-brandenburg.de/dokumente/themengebiete/Eberswalder_Thesen_zur_nachhaltigen_Entwicklung.pdf

3 SKEW: <https://skew.engagement-global.de/>

Bereits bei dem zweiten Baruther Schlossgespräch im September 2017 kam es zu Anregungen für eine Art Analyse, um Strukturen und die Art von Aktivitäten von Brandenburger Kommunen auf dem Weg zu einer global nachhaltigen Kommune genauer erfassen zu können. Dies wurde schließlich von der SKEW bei Brandenburg 21 – Verein zur nachhaltigen Lokal- und Regionalentwicklung im Land Brandenburg e.V. – in Auftrag gegeben und von diesem in Kooperation mit VENROB e.V. realisiert.

Im September 2018 konnten auf dem dritten Schlossgespräch erste Zwischenergebnisse vorgestellt sowie erste Impulse daraus für die Weiterarbeit diskutiert werden. Dies wurde am 26. September 2019 beim vierten Treffen fortgesetzt. Die beispielhafte Erhebung in zehn Kommunen erfolgte mittels Fragebogen und strukturierter Interviews. Zentrale Fragestellungen waren:

- An welcher Stelle befinden sich aktuell Kommunen hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung?
- Welches Verständnis von Nachhaltigkeit gibt es bei ihnen?
- Welche Entwicklungspotenziale in puncto „global nachhaltige Kommune“ sind identifizierbar?
- Worin bestehen die Hemmnisse?
- Welche Unterstützung, Beratung, Ressourcen werden auf diesem Weg benötigt?

Die Erhebung sollte helfen, angemessene Schritte anzustoßen und Maßnahmen zu entwickeln, um Kommunen in Richtung einer global nachhaltigen Kommune zu begleiten. Die zu erwartenden Schlussfolgerungen sollten weitere Kommunen in ihrem Engagement motivieren und stützen.

Unter Berücksichtigung der Differenziertheit von Kommunen hinsichtlich Einwohnerzahl und -dichte, Funktionen, dem Stadt-Land-Verhältnis, geografischer Lage (z.B. Berlinnähe und -ferne) etc. erfolgte eine exemplarische Auswahl von zehn Kommunen: Baruth/Mark, Beelitz, Birkenwerder, Eberswalde, Fürsten-

berg/Havel, Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Strausberg, Teltow und Wiesenburg/Mark.

Die Erhebung hat grundsätzlich die Annahme bestätigt, dass es bereits zahlreiche und vielfältige lokale Aktivitäten gibt, die dem Leitbild der Nachhaltigkeit entsprechen. Die lokalen Nachhaltigkeitsaktivitäten haben ihre Ausgangspunkte in der Regel in der konkreten Situation vor Ort und sind nicht abgeleitet von SDGs, der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie oder der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Sie folgen meist nicht einer fixierten Systematik, die z.B. in einer expliziten Kommunalstrategie beschlossen ist.

Bei den Interviews wurde von den interviewten Personen eine Reihe von Aspekten bzw. Faktoren genannt, die eine entsprechende Ausrichtung ihrer Kommunen behindern.

- Die Mehrzahl der befragten Kommunen verwies auf eine schwierige Finanzlage und die Freiwilligkeit kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien
- Mangelnde Personalressourcen und fehlendes Know-how in der Verwaltung, u.a. durch Gemeindegröße und allgemeinen Fachkräftemangel, insbesondere in ländlichen Flächen Gemeinden mit kleinen Einwohnerzahlen.
- Es fehlen entsprechende Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter*innen der Kommunen/Verwaltungen.
- Nachhaltigkeit wird nicht mit genügend Empowerment für die Kommunen von der Landesebene unterstützt, obwohl es die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes gibt.
- In der Landesregierung ist keine Prioritätensetzung für Nachhaltigkeit mit adäquater finanzieller Unterbreitung sichtbar.

Welche wichtigen Impulse, Erwartungen und konkrete Vorschläge hat die Erhebung gebracht, vor allem zur kurz- und mittelfristigen Stärkung von Initiativen und Aktivitäten für nachhaltige Kommunen in Brandenburg?

- Der Themenkreis inklusive der Verzahnung von Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik ist mit starker Betonung der kommunalen Ebene intensiver und ergebnisorientierter einzubringen in die landesweiten Formate wie Runder Tisch BNE, Round Table Entwicklungspolitik, die Veranstaltungen der Nachhaltigkeitsstrategie etc.
- Das mit den Baruther Schlossgesprächen begonnene Austauschformat sollte fortgeführt und im Flächenland Brandenburg für andere Landesteile regionalisiert werden.
- Beratungs- und Unterstützungsangebote der verschiedenen Bereiche der SKEW müssten intensiviert werden. Dies sollte aufeinander bezogen und in Absprache mit relevanten Akteur*innen der Landesregierung und der zivilgesellschaftlichen Landestrukturen geschehen.
- Anzustreben sind systematische Qualifizierungsangebote für Mitarbeiter*innen der

Kommunen, die direkt an deren Fachbereichen anknüpfen. Dafür sollte die LaKöV angesprochen werden.

- Wichtig bleibt die Verbreitung guter Beispiele nachhaltigen kommunalen Handelns, ähnlich der Fact Sheets der SKEW, allerdings speziell auch mit Brandenburger Beispielen. Dabei sollten solche aus dem ländlichen Raum besondere Aufmerksamkeit erhalten.
- Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg ist für eine deutlich stärkere Unterstützung des Themas zu gewinnen.

Für die Umsetzung werden die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 1. September 2019 zu berücksichtigen sein.

Die vollständige Studie ist zu finden unter: <http://www.venrob.org/news/1/520327/nachrichten/nachhaltigkeitsaktivitaeten-von-10-brandenburger-beispielkommunen.html>



Isabella Greif / Fiona Schmidt

Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt

Eine Untersuchung struktureller Defizite und Kontinuitäten am Beispiel der Ermittlungen zum NSU-Komplex und dem Oktoberfestattentat

Auch mit Abschluss des NSU-Prozesses gibt es mehr offene Fragen als Antworten. Dies liegt auch in der Verantwortung der Behörde des Generalbundesanwalts. Die Autorinnen untersuchen, welche institutionellen Strukturen den staatsanwaltschaftlichen Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt prägen und welche strukturellen Defizite sich daraus ergeben, die es Behörden wie der Bundesanwaltschaft ermöglichen, die Rolle staatlicher Sicherheitsbehörden einer strafrechtlichen Aufklärung zu entziehen.

ISBN 978-3-945878-78-1 | 303 Seiten | 19,90 Euro

Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern

Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten

Strategiepapier des „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“, verabschiedet zum 10. Treffen am 8.4.2019 von den Stakeholdern des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg (RTEP)

Adressaten dieses Strategiepapiers sind die Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene sowie die Öffentlichkeit. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, dass 2019 in Brandenburg in die Diskussionen und Positionsbestimmungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Kommunalvertretungen sowie zum Landtag die landesspezifischen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung eingebracht werden.

I. Verantwortung erkennen und benennen

Den Round Table Entwicklungspolitik (RTEP) gibt es bereits seit Dezember 2010. Er ist ein gelungenes und im bundesweiten Vergleich vorbildhaftes Beispiel für gestalterische und gesellschaftlich verantwortliche Teilhabe im Rahmen moderner Landespolitik. Seine rund 40 Interessensvertreter*innen pflegen den Austausch zwischen Nichtregierungsorganisationen (darunter auch migrantische Vereine und Initiativen), dem Landtag, der Landesregierung, Kirchen, Hochschulen, der IHK Potsdam sowie weiteren Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik. Mit Verabschiedung der Entwicklungspolitischen

Leitlinien der Landesregierung am 1. Juni 2012 ist das Engagement des RTEP ausdrücklich gewürdigt und ihm seither zusätzliches Gewicht verliehen worden. Der RTEP hat sich zum Ziel gesetzt, im Dialog mit sämtlichen Stakeholdern auf die Umsetzung der Leitlinien zu achten und eine Weiterentwicklung der Leitlinien sicherzustellen.

Schon vor der Verabschiedung der 17 UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, SDGs) 2015 hat sich die konsequente Einbindung in den Gesamtkontext der Nachhaltigen Entwicklung als ein Kernpunkt und integrativ wirkendes Element in der Kooperation der Akteure erwiesen. Dieser übergreifende Zusammenhang bündelt Entwicklungspolitik, Umweltbewegung, Globalisierungsdebatten, Initiativen zur Geschlechtergerechtigkeit, Sicherheits- und Friedenspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik in einen Nachhaltigkeitsansatz. Diesen gilt es noch intensiver als bisher in der brandenburgischen Politik sichtbar zu machen und dabei die Notwendigkeiten und Möglichkeiten selbstbewusst wahrgenommener Eigen- und Gesamtverantwortung herauszustellen und einzufordern.

Entwicklungspolitik geht immer einher mit antirassistischer Politik!

II. Verantwortung wahrnehmen und gestalten

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung

- Die partizipativ entwickelten Leitlinien der Landesregierung sind im Ländervergleich von hoher Qualität. Nun sollten ihre nationale und internationale Anschlussfähigkeit nach Verabschiedung der SDGs und der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2017 durch entsprechende Aktualisierungen verbessert werden. Es bedarf noch großer und kontinuierlicher Anstrengungen aller Akteure, die Entwicklungspolitischen Leitlinien stärker in die Gesellschaft zu kommunizieren.
- Der RTEP 2018 hat bekräftigt, dass die strategische Abstimmung der brandenburgischen Entwicklungspolitik mit der Nachhaltigkeits- und der Internationalisierungsstrategie des Landes Priorität hat. Hier gibt es sichtbare Defizite, u.a. in den Bereichen Energie und Landwirtschaft. Von Seiten der brandenburgischen Wirtschaft wird z.B. die geringe Internationalisierungsquote als Schwachstelle identifiziert.
- Trotz der Fortschritte und Erfolge bei der Umsetzung der Leitlinien in den Verantwortungsbereichen der am RTEP beteiligten Ministerien muss weiter an der ressortübergreifenden Politikkohärenz in der Landesregierung insgesamt gearbeitet werden.
- Der RTEP hat in der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien die kommunale Entwicklungspolitik als einen der Kernpunkte der Kommunikation erkannt und hierzu unterschiedliche Formate entwickelt. Das Problembewusstsein in den Kommunen und ihren Spitzenverbänden muss deutlich geschärft werden.
- Besonders wichtig bei der Implementierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien war die Einrichtung von Haushaltstiteln im Landeshaushalt. Entwicklungspolitische

Akteure haben diese Mittel genutzt, um die Zielstellung der Leitlinien mit Leben zu füllen (siehe Anhang).

- Nach wie vor benötigen die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen eine verlässliche Finanzierung zur lang- und mittelfristigen Sicherung ihrer Arbeit. Mit dieser Unterstützung gewinnt die Landesregierung an Glaubwürdigkeit, die gesamtgesellschaftlichen Probleme in ihrer Komplexität zu erkennen, an deren Lösung partizipativ zu arbeiten und die begonnenen Prozesse dauerhaft abzusichern

III. Verantwortung ‚fair‘ teilen und einfordern

Die Themen der Nachhaltigen Entwicklung sind im Zentrum der Gesellschaft angekommen: Energie, Klima, Ernährung, Armut, Weltwirtschaft, Reform des Weltfinanzsystems sind Schlüsselwörter in Bezug auf die internationalen Herausforderungen. Sie reklamieren eine entsprechende Relevanz auch in der brandenburgischen Landespolitik. Die Diskussionen und Positionsbestimmungen der politischen Parteien müssen dies in Brandenburg 2019 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Kommunalvertretungen sowie zum Landtag widerspiegeln.

Gerade in der nächsten Legislaturperiode ist die Übernahme dieser Mitverantwortung und die Weiterführung des Dialogs mit den unterschiedlichen Akteuren und der Öffentlichkeit für das Land Brandenburg entscheidend. Gestärkt werden müssen die umfassende Einbeziehung von unterschiedlichem Know-how, die Schaffung von Transparenz, der Anspruch auf Aktualität und nicht zuletzt die Mithilfe an einer dauerhaften Verankerung der Entwicklungs-, Nachhaltigkeits- und Europapolitik in einer von Veränderungswillen geprägten Landespolitik.

Der RTEP fordert von allen Seiten mehr Engagement und wird seinen eigenen Beitrag verstärken.

Die am RTEP vertretenen Nichtregierungsorganisationen und nichtstaatlichen Akteure erwarten von der zukünftigen Landesregierung, dass der beschriebene, erfolgreiche Prozess im Geiste der bisherigen Entwicklungspolitischen Leitlinien weitergeführt und verstärkt wird.

1. Wir wollen, dass das mit dem RTEP institutionalisierte Modell von Partizipation und demokratischer Teilhabe der Zivilgesellschaft von der Landesregierung garantiert wird.
2. Wir erwarten eine stärkere Verzahnung der Entwicklungspolitischen Leitlinien mit der Landesnachhaltigkeitsstrategie, dem Landesaktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und der Internationalisierungsstrategie und werden diese mitgestalten.
3. Wir fordern, dass die finanziellen Ressourcen unserer Arbeit im Landeshaushalt gesichert und ausgebaut werden. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der Landesregierung, dass erfolgreiche Formate unserer Arbeit weitergeführt und neue entwickelt werden können. Denn erst deren Dauerhaftigkeit und Effektivität führen zu sichtbaren Erfolgen auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung.
4. Wir erhöhen die Wirksamkeit unserer Arbeit durch eine weitere Vernetzung mit unterschiedlichen Akteursgruppen in Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und bezüglich der Medien. Wir bilden Allianzen auch über den bisherigen entwicklungspolitischen Kontext hinaus.
5. Wir erwarten, dass die Landesregierung insbesondere bei der Fairen Beschaffung zukünftig als Vorbild handelt.
6. Wir erwarten, dass die in den „Eberswalder Thesen zur Nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg“ formulierte Eigenverantwortlichkeit der Kommunen im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele umgesetzt wird.

7. Wir fordern, dass der in den Entwicklungspolitischen Leitlinien formulierte Kerngedanke „Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden“ einen stärkeren Stellenwert in der Landes- und Kommunalpolitik bekommt. Dazu ist auch die wirksame und vollständige Umsetzung der Dekade der Vereinten Nationen für Menschen mit afrikanischen Vorfahren notwendig.
8. Wir wollen bei der Entwicklung zukünftiger Strategien der Landesregierung zukünftig einbezogen werden und so das „Landesbild“ in Visionen, Narrative oder Marketingaspekte gegenüber dem In- und Ausland mitgestalten.

Es bleibt eine besondere Herausforderung, die Umsetzung und Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung mit einer strategischen Kommunikation des RTEP zu versehen, der die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen und den dazu erforderlichen gesellschaftlichen Konsens in das Zentrum der Bemühungen um eine breite Unterstützung der UN-Nachhaltigkeitsziele stellt. Das erwarten wir auch von den Adressaten des Strategiepapiers.

Der RTEP bleibt der richtige Ort, die Vielfalt der Akteure und ihrer Ansätze in der Kommunikation aufzugreifen und Kohärenz zu schaffen.

Anhang

Beispiele landesweiter entwicklungspolitischer Formate:

Es kann auf folgende, inzwischen erfolgreich etablierte Formate in Brandenburg verwiesen werden, deren Hauptakteure am RTEP vertreten sind. In der Regel werden die Vorhaben und Projekte der Zivilgesellschaft durch die Landesregierung und anderer öffentliche sowie private Geldgeber unterstützt und gefördert.

Die *Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT)* sind

seit 2004 ein erfolgreiches Bildungsformat. Sie erreichen mittlerweile jährlich rund 3.000 Menschen, überwiegend durch schulische Projektstage. Ein umfangreiches Qualifizierungs- und Evaluierungssystem sichert die hohe Qualität der ca. 130–140 Einzelaktivitäten pro Jahr. Inzwischen sind über die Hälfte der eingesetzten Referent*innen Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung.

Bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist mit dem neuen *Rahmenlehrplan Brandenburg* seit dem Schuljahr 2017 eine neue Qualität eingetreten. Er enthält den Themenkomplex „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ mit der Zielstellung, „Schülerinnen und Schüler lernen aktiv und verantwortungsbewusst, gemeinsam mit anderen an nachhaltigen Entwicklungsprozessen lokal und global teilzuhaben und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen“. Dabei wird die Nutzung der Kompetenzen außerschulischer Anbieter, insbesondere von Nichtregierungsorganisationen (NGO), durch die Schulen angeregt.

Die Landesregierung fördert im *Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“* den Nord-Süd-Jugendaustausch, welches mehreren Hundert jungen Menschen entsprechende Erfahrungen ermöglicht hat, die z.T. zu anhaltendem Engagement geführt haben. Bundesweit gibt es ein ähnliches Programm nur noch in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt etliche, z.T. langjährige Kontakte und Partnerschaften mit entwicklungspolitischen Bezügen von *Vereinen, Schulen und Kirchengemeinden* aus Brandenburg mit ihren Pendanten im Globalen Süden. Nicht zuletzt sind viele der UNESCO-Projektschulen und „Schulen ohne Rassismus“ daran beteiligt. Die Evangelische Landeskirche organisiert den Wettbewerb Faire Gemeinde.

In Brandenburg arbeiten seit 2015 sechs, seit 2019 sieben *Eine-Welt-Promotor*innen* bei verschiedenen Trägern zu den Themen Migration und Diaspora, Fairer Handel, Zivilgesell-

schaft und Partizipation sowie Globales Lernen. Neben ihrer zivilgesellschaftlichen Verankerung ist auch die föderale Bund-Länder-Finanzierung eine besondere Stärke des Programms. Die landesseitige Kofinanzierung sichert ein speziell eingerichteter Haushaltstitel. Zusätzlich sind in Brandenburg drei Promotor*innen tätig, die in einem komplementären Programm des Kirchlichen Entwicklungsdienstes von BMZ und Brot für die Welt finanziert werden. Gemeinsam mit zwei Kollegen des Programms „Weltoffen.Solidarisch.Dialogisch“ ist dadurch ein starker Arbeitsverbund entstanden.

Die *kommunale Entwicklungspolitik* ist ein Schwerpunkt des RTEP. Für einige der Themen der Nachhaltiger Entwicklung kann in manchen Kommunen ein Zuwachs an Interesse sowie an eigenen Aktivitäten durch Kommunalpolitik und -verwaltung konstatiert werden. Neu ist seit 2016 ein kommunalpolitischer Dialog unter dem Titel

„Baruther Schlossgespräche“, der in Zusammenarbeit der SKEW mit Brandenburg 21 e.V., Landesministerien und anderen Akteuren organisiert wird. Hingegen werden in anderen Bundesländern bereits etablierte Formate, wie Nord-Süd-Städtepartnerschaften oder Fair-Trade-Town, weiterhin zu wenig genutzt.

Seit 2015 haben viele Kommunen in Brandenburg teils große Anstrengungen unternommen, Geflüchtete aufzunehmen, eine angemessene Willkommenskultur zu schaffen und Rassismus entgegenzutreten. Die ersten beiden Regionalkonferenzen „Migration und Entwicklung“ 2016 und 2017 mit Beteiligung mehrerer Kommunen können hier eingeordnet werden. Es gab zudem eine Reihe von dezentralen Bürgerdialogen zu verschiedenen Aspekten der EU-Politik, insbesondere zu Flucht und Migration sowie der entwicklungspolitischen Kommunikationsarbeit. Sie wurden durch das zuständige Landesministerium organisiert, explizit als Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und zumeist mehreren Partnern aus dem Kreis des RTEP sowie mit Unterstützung der jeweiligen Kommune.

Durch das Ende 2016 gegründete *Landesnetzwerk NeMiB e.V. (Netzwerk Migrantenorganisationen Brandenburg)* wird ein Fokus auf entwicklungspolitische Beteiligungsformate gelegt. Dabei werden die Themen Fluchtursachen, Partizipation vertieft, wodurch auch die Sichtbarkeit der migrantischen Selbstorganisationen erhöht wurde.

Der RTEP nimmt auch die *europäische Dimension von Entwicklungspolitik* in den Blick. Anlässlich des „Europäischen Jahres für Entwicklung 2015“ wurde in Brandenburg eine stärkere Zusammenarbeit von Akteuren aus dem europa- und entwicklungspolitischen Bereich sowie aus der Nachhaltigen Entwicklung etabliert. Der RTEP hatte dazu bereits 2014 ein Positionspapier verabschiedet. Die entsprechend thematisch ausgerichteten Veranstaltungen, Fachexkursionen und Fachgespräche – u.a. in Brüssel, ein Workshop mit polnischen NRO in Frankfurt (Oder), der Aktionstag im Rahmen der BMZ-Zukunftstour in Potsdam – waren durch einen integrativen Ansatz mit gemeinsamer Planung und Umsetzung mehrerer Akteure geprägt.

Im Rahmen des seit 2015 vom VENROB und der Außenstelle Berlin/Brandenburg von

Engagement Global gGmbH durchgeführten *Beratungsprogramms „Globale Entwicklung: Zivilgesellschaft im Dialog“* sind die entwicklungspolitische Bildungsarbeit gestärkt und die strukturelle Verankerung von Initiativen und NRO gefördert worden. Diese können mit Hilfe gezielter, individuell auf den Bedarf abgestimmter Beratung durch eine vermittelte Expertin in ihrer Organisations- und Projektentwicklung unterstützt werden. Das Ziel dieser Initiative ist, dass trotz teils schwieriger Bedingungen die meist ausschließlich ehrenamtlich tätigen Akteure in den Vereinen befähigt werden, ihren Aktionsradius auszudehnen und ihr Engagement zu qualifizieren und zu verstetigen.

Die von VENROB e.V. und WeltTrends e.V. seit 2010 herausgegebene *Schriftenreihe „Forum Entwicklungspolitik Brandenburg“* informiert jährlich über aktuelle Herausforderungen, Positionen, politische und rechtliche Rahmen und Dokumente. Engagierte Akteure und gute Praxisbeispiele in und für Brandenburg werden vorgestellt. Zwei Sonderhefte dokumentieren die Bürger- und Fachdialoge zu EU-Politik, Flucht und Migration 2016 sowie die bundesweite Fachkonferenz 2018 zu entwicklungspolitischer Kommunikation. Die Reihe wird durch die Landesregierung gefördert.



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 8 (2018) **Brandenburg – Da lässt sich was entwickeln**

Dreh- und Angelpunkt der Ausgabe sind die Ergebnisse des seit neun Jahren jährlich stattfindenden Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg. In seiner Entwicklung betrachtet, ist hier ein gutes Stück Arbeit geschafft worden. Der Round Table hat sich als Arbeitsgremium für seine Interessensgruppen bewährt. Zum 10. Jahrestag 2019 ist ein Strategiepapier in Vorbereitung, das den Austausch zwischen NGOs, Landesregierung, Landtag und Verbänden in die kommende Legislaturperiode hinein begleiten und festigen soll. Brandenburg – da lässt sich was entwickeln!

Niemanden zurücklassen!

Für eine weltoffene, solidarische Gesellschaft – gerade jetzt!

Eine Positionierung ostdeutscher
entwicklungspolitischer NGOs und Einrichtungen

Wir, das sind entwicklungspolitische Vereine und Initiativen, Landesnetzwerke, Weltläden, Migrantisch-Diasporische Organisationen und eine Stiftung in Ostdeutschland und Berlin. Wir arbeiten auf internationaler und kommunaler Ebene, in Städten wie in ländlichen Gebieten, mit unterschiedlichen Zielgruppen. Wir sind ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte aus diversen Kontexten, mit unterschiedlichen Erfahrungen und Geschichten. Die einen von uns sind selbst von Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus betroffen, die anderen nicht. Diese Diversität bringt Herausforderungen mit sich, birgt jedoch auch viele Chancen. Gemeinsam sind uns unsere Werte und Prinzipien als Grundlage solidarischen Handelns sowie unsere Vision von einer weltoffenen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft. Die Bewahrung des Planeten durch eine sofortige Kursänderung in der Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik ist für uns elementar.

30 Jahre nach dem Mauerfall – Rassismus und Nationalismus untergraben unsere entwicklungspolitische Arbeit

Laut UNHCR verließen 2018 weltweit über 70,8 Millionen Menschen ihre Heimat, um sich vor Krieg, Verfolgung und Gewalt in

Sicherheit zu bringen. Lediglich 185.853 (BAMF) all dieser Menschen beantragten im gleichen Jahr Asyl in Deutschland – ein Bruchteil der Betroffenen. Die Wahrnehmung hierzulande weicht jedoch teilweise stark von dieser Realität ab: Rechtspopulist*innen, aber auch Politiker*innen der bürgerlichen Parteien instrumentalisieren Ängste vor Globalisierung, Migration und Privilegienverlust. Feindseligkeit und Ressentiments gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen reichen weit in die Mitte der Gesellschaft und münden teils in offenkundigem Rassismus und gewaltsamen Übergriffen. Auch People of Color (PoC) ohne Migrations- oder Fluchterfahrungen, arme und wohnungslose Menschen und LGBTIQ*-Personen sind struktureller und persönlicher Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus ausgesetzt. In Ostdeutschland ist die Lage dahingehend besonders gravierend: Gemäß der Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 wirft beinahe die Hälfte (47,1 Prozent) der Befragten in den ostdeutschen Bundesländern Migrant*innen vor, den deutschen Sozialstaat auszunutzen – beinahe 15 Prozent mehr als im Westen. Im Schnitt werden in Ostdeutschland und Berlin täglich mindestens fünf Menschen Opfer rechter Gewalt. Und auch der Zulauf zu rechten Parteien und Bewegungen zeichnet sich im Osten besonders deutlich ab. Das dreißigjährige Jubiläum des Mauerfalls, welches dieses Jahr gefeiert wird, kann

nicht über den großen Spalt hinwegtäuschen, der sich noch immer durch die deutsche Gesellschaft zieht. Die fehlende Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen, bestehende ungleiche Vergütung, Industrie- und Produktionsabbau im Osten nach 1990, ein antifaschistisches Selbstverständnis der DDR bei gleichzeitiger Ausblendung ostdeutschmigrantischer Lebensrealitäten von Studierenden, Vertragsarbeiter*innen und Geflüchteten und ein damit einhergehender fehlender Schutz vor rassistischer Gewalt, aber auch der Import von Nazi-Kadern und Konservatismus nach 1990 sind einige Gründe für die recht hohe Zustimmung zu rechtspopulistischen, autoritären bis rassistischen Einstellungen in Ostdeutschland.

Die Zivilgesellschaft hält dagegen

Doch die oben genannten Entwicklungen stoßen auf Widerstand. Unter dem Motto „Wir sind mehr“ erhoben am 3. September 2018 mehr als 65.000 Menschen ihre Stimme gegen die von Rechten und Rechtsextremen initiierten Ausschreitungen in Chemnitz. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis #unteilbar schaffte es 2018 in Berlin, mehr als 240.000 Befürworter*innen von Freiheit und Demokratie, von Gerechtigkeit und Solidarität zu mobilisieren. In Erfurt versammelten sich am 1. Mai 2019 zwischen 8.000 – 10.000 Menschen im breiten Bündnis „Zusammenstehen“ zu einer antirassistischen Demonstration als konkrete Antwort auf einen rechtspopulistischen Aufruf zum „nationalen 1. Mai“. Und am 24.8.19 findet in Dresden eine bundesweite Demonstration „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ statt.

Wir als ostdeutsche entwicklungspolitische Akteure positionieren uns – nicht nur im Rahmen unserer alltäglichen Projektarbeit, sondern auch im Dialog mit Dritten, die wir mit diesem Papier ansprechen. Eine explizite Erklärung entwicklungspolitischer Organisationen fehlt unseres Erachtens, wir machen hier den Anfang einer unmissverständlich klaren Posi-

tionierung: Ausgrenzung, Chauvinismus und Rassismus stehen im klaren Widerspruch zu unseren zentralen Werten und Prinzipien von Menschenrechten, Würde, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Für diese Werte und Ideale haben sich auch in der DDR viele Menschen in der bürgerrechtlichen, kirchlichen und staatlichen Solidaritätsarbeit eingesetzt und tun dies auch weiterhin jeden Tag!

Wir stellen uns klar gegen all jene, die Hass und Vorurteile schüren. Wir zeigen Solidarität mit all jenen, die von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind. Dazu zählen auch Menschen, die in Armut leben oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Religion und Identität ausgegrenzt werden. Solidarität bedeutet sich darüber klar zu werden, dass alle unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen „zusammengedacht“ und bekämpft werden müssen, damit eine solidarische Gesellschaft möglich ist. Nur wenn dies geschieht, kann Ausgrenzung und Diskriminierung effektiv entgegengewirkt werden.

Wir sind mitverantwortlich für Zerstörung, Ausbeutung und Flucht – deswegen müssen wir handeln

2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung vorgibt. Gerichtet ist die Agenda nicht nur an die Länder des Globalen Südens, sondern auch an den Norden. Denn Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit kennen keine Grenzen! Auch die deutsche Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Medien, Zivilgesellschaft) hat ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Durch unsere Konsumgewohnheiten, unsere Produktions- und Wirtschaftsweisen und unseren Lebensstil tragen wir alle wesentlich zum Klimawandel, zu Verarmung und ökonomischer Perspektivlosigkeit bei und sind somit mitverantwortlich für Fluchtursachen. Auch die Kolonialgeschichte, die mit der systematischen Ausbeutung und kulturellen Ent-

eignung ganzer Staaten einherging, spiegelt sich bis heute in globalen Wirtschafts- und Machtbeziehungen wider. Folglich müssen wir uns für die Aufnahme und gesellschaftliche Einbindung der Menschen verantwortlich fühlen, die die Folgen unseres Handelns zu tragen haben. Das Prinzip der Solidarität mit Menschen, die von Not, Unterdrückung, Verfolgung oder Gewalt betroffen sind, gilt als Grundwert und Antriebskraft der entwicklungspolitischen Arbeit. Dabei spielen Herkunft, Gesinnung, Nationalität und Hautfarbe keine Rolle. Der Kampf von Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung und PoC für die Teilhabe an einer offenen, gerechten und solidarischen Gesellschaft ist unser aller Aufgabe. Den Grundsatz der Agenda 2030 „Niemanden zurück zu lassen“ nehmen wir ernst und erwarten das Gleiche auch von Regierung und Verwaltungen.

Was können wir tun?

Mit unseren Erfahrungen und Kompetenzen sind wir insbesondere auf kommunaler Ebene gefragt, dort aktiv zu werden. Wir wollen gemeinsam mit Politik und Verwaltung arbeiten, die manches Mal überfordert sind, Maßnahmen im Sinne einer inklusiven und gerechten Gesellschaft umzusetzen und dabei insbesondere Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund und PoC einzubeziehen. Unsere interkulturellen Kompetenzen und Internationalität, eigene Flucht- und Migrationserfahrungen, Wissensschätze, Sensibilität für Menschen aus unterschiedlichen Kontexten und deren Lebenssituation, Landes- und Sprachkenntnisse, Mediationstechniken, Konfliktbearbeitungsstrategien und Erfahrungen im Projektmanagement qualifizieren uns als Akteure in der Beratungs-, Bildungs- und Informationsarbeit sowie der politischen und kulturellen Arbeit. Insbesondere Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie PoC sind als entwicklungspolitische Akteure gefragt, da sie aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen glaubwürdig wahrgenommen werden und somit häufig einen schnelleren und besseren Zugang zu den Zielgruppen haben.

Rassismus, Rechtspopulismus, Nationalismus und Ausgrenzung untergraben unsere entwicklungspolitische Arbeit und Wirkungen. Deswegen und als Teil einer wehrhaften und handlungsfähigen Zivilgesellschaft, die eine weltoffene, solidarische, gerechte und nachhaltige Gesellschaft anstrebt, fordern wir:

- Lokal-, Landes- und Bundespolitik soll Rassismus entschieden entgegentreten. Die Zivilgesellschaft, die Rassismus bekämpft, soll gestärkt und nicht in ihrem Engagement behindert werden.
- Politik, Verwaltung und Fördereinrichtungen müssen die Beiträge von Migrant*innen, PoC und Geflüchteten bei der Gestaltung einer weltoffenen, solidarischen und gerechten Gesellschaft deutlich stärker würdigen und entsprechende Ressourcen bereitstellen.
- Politik muss die ländlichen Regionen für alle, die dort leben wollen oder müssen, attraktiver gestalten. Statt weiterem Abbau der Daseinsvorsorge fordern wir Investitionen in starke, resiliente und anpassungsfähige Regionen.
- BMZ, Länder und private Geldgeber müssen die hier beschriebene zivilgesellschaftliche Arbeit offiziell und definitorisch als Teil der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit anerkennen.

Um unserer Positionierung und den Forderungen Sichtbarkeit zu verleihen, fordern wir alle entwicklungspolitischen Vereine und Initiativen aus Ostdeutschland und aus dem ganzen Bundesgebiet auf, sich mit einem starken entwicklungspolitischen Block an der Demonstration „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ am 24.8.2019 in Dresden zu beteiligen!

Anmerkung der Redaktion: An der Dresdner Demonstration unter dem Motto „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ am 24.8.2019 beteiligten sich weit über 35.000 Menschen.



Verband Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen
Brandenburgs e.V.

VENROB e.V. wurde am 9. September 1995 in Potsdam als entwicklungspolitische Arbeitsplattform für Vereine, Gruppen, Initiativen, Eine-Welt-Läden u.ä. Nichtregierungsorganisationen im Land Brandenburg gegründet. Der gemeinnützige Verein versteht sich als parteipolitisch und konfessionell ungebundenes Landesnetzwerk. Mitglieder können alle im Land Brandenburg ansässigen Interessenten werden, die sich mit Nord-Süd-Themen beschäftigen.

Unsere wichtigsten Arbeitsfelder

Förderung von Kontakten und Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen, insbesondere im Bereich Globales Lernen.

Aufbau und Erweiterung von entwicklungspolitischen Kompetenzen.

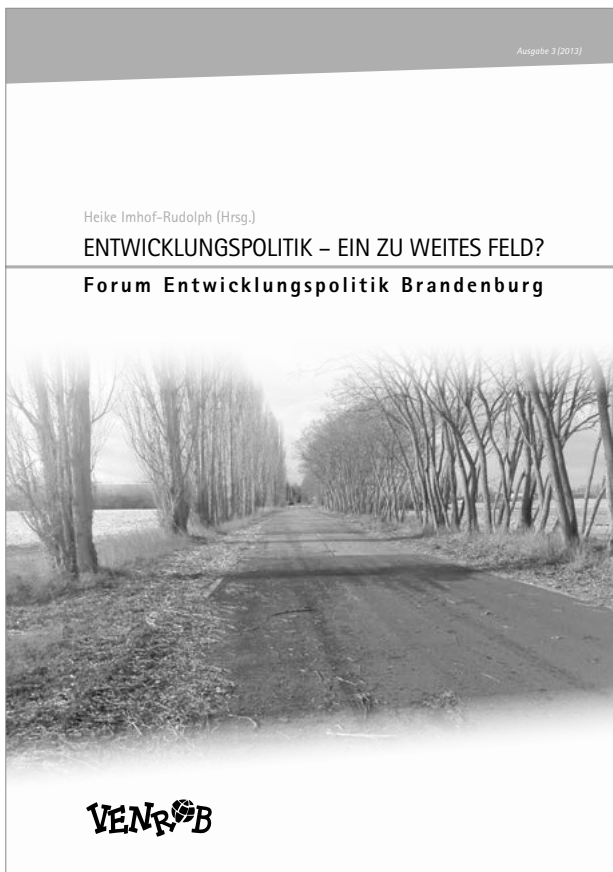
Lobbyarbeit, Interessenvertretung für Themen und Akteure auf Landesebene.

Unterstützung von Nachhaltigkeitsprozessen und kommunaler Entwicklungspolitik.

Derzeitige Mitglieder

Aktionsladen Eine Welt bei der Französisch Reformierten Gemeinde Potsdam | Bantadores – Kindheit in Würde – Dignity in Childhood e.V. | Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. | Cagintua e.V. – Campaign for Government of International Unity in Africa | Carpus e.V. | Collective Leadership Institute e.V. | Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration | Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V. | Echo Kamerun e.V. | Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg | Eine-Welt-Laden-Cottbus e.V. | ESTAruppin e.V. | Fliegende Agenda 21 | Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE) | HIV-Projekt Belize e.V. | Hochvier – Gesellschaft für politische und interkulturelle Bildung e.V. | Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. Fürstenwalde/Spree (JuSeV) | Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz | Lateinamerika-Arbeitskreis tierra unida e.V. | Löwenherz e.V. | Oikocredit Förderkreis Nordost e.V. | Orientierungszentrum für Migrant_innen und Flüchtlinge (OMF) e.V. | Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany) | publicata e.V. – Verein zur Förderung von Öffentlichkeit für Ausländerintegration und Entwicklungszusammenarbeit | PUERTO ALEGRE e.V. | SOLAFRICAN e.V. | SOLIDARIO – Eine Welt Projekt in der Kirchengemeinde Babelsberg | Stadt-Land.Move e.V. | Stiftung für Engagement und Bildung e.V. | Twende Pamoja e.V. | WeltTrends e.V.

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Seit 2012 erscheint die Reihe *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* bei WeltTrends. Sie widmet sich den Fragen und Problemen der Einen Welt. In ihr werden anspruchsvolle, themenbezogene Beiträge mit politischer und wissenschaftlicher Diskussion sowie dem Praktiker-austausch verknüpft. Aktuelle entwicklungspolitische Themen (auch mit Blick auf Brandenburg) werden aufgegriffen, um zu dokumentieren, was sich beidseitig der – mehr oder weniger scharfen – Trennlinie von entwicklungspolitischer Theorie und Praxis tut.

Das *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* wird herausgegeben vom VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg. Die kostenlosen Broschüren können Sie auf der Website von VENROB bestellen.

Bisher erschienen

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 8 (2018)
Brandenburg – Da lässt sich was entwickeln
ISBN 978-3-947802-14-2 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 7 (2017)
Agenda 2030 in Brandenburg
ISBN 978-3-945878-72-9 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016)
Entwicklungsland Brandenburg?
ISBN 978-3-945878-34-7 | 40 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015)
Globales Lernen Lebenslang!
Nachhaltiges Lernen in Brandenburg aktuell
ISBN 978-3-945878-05-7 | 43 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 4 (2014)
Brandenburg goes global
Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015
ISBN 978-3-941880-96-2 | 41 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 3 (2013)
Entwicklungspolitik – Ein zu weites Feld?
ISBN 978-3-941880-79-5 | 38 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2 (2012)
made in Brandenburg
Die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung
ISBN 978-3-941880-53-5 | 47 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 1 (2012)
Ernährung im 21. Jahrhundert
ISBN 978-3-941880-43-6 | 29 Seiten

Welt Trends

Das außenpolitische Journal



Globale Entwicklungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen, Klimapolitik und Abrüstung: *WeltTrends* analysiert und diskutiert internationale Politik – unabhängig, kritisch, monatlich.

ISSN 0944-8101 | 4,80 Euro | 72 Seiten

Welt  Trends
Potsdamer Wissenschaftsverlag

verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

Reden wir übers Wetter: Auch 2019 gab es wieder einen Sommer mit Rekordtemperaturen, die dem wohltemperierten Mitteleuropäer das Wasser aus allen Poren trieb, währenddessen der Mais auf den Feldern verdorrte und der Grundwasserspiegel sank. Das hat zumindest partiell das Bewusstsein für die globalen Auswirkungen des Klimawandels geschärft und für den nötigen „Ruck“ in der heranwachsenden Generation gesorgt. Junge Menschen gehen aus Angst vor der ungewissen klimatischen Zukunft weltweit auf die Straße und protestieren gegen ein „Weiter so“. Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit, sogenannte Resilienzen, haben Konjunktur.

Wir leben in einer Überflussgesellschaft, in der nicht alle am Wohlstand partizipieren und andere die Bodenhaftung verloren zu haben scheinen. Eine Gesellschaft, die nach außen geeint und nach innen von einer Spaltung bedroht ist. Nicht nur die Zeit heilt Wunden, auch das Aufeinanderzugehen und das Interesse füreinander. Das Fremde ist nicht automatisch feindlich und umgekehrt, liegt im Bekannten doch so manch beklemmende Feindseligkeit.

Jede Zeit verlangt nach richtungsweisenden Entscheidungen. Das „Wie“ ist eine Stilfrage. Moderne Demokratien verlangen nach Partizipation, nicht nach Volksentscheidungen. Ersteres bedeutet Anteilnahme und Aufwand für jeden Einzelnen, Letztere führen oft ungewollt ins Chaos. Gerade denjenigen, die gehört werden müssten, lässt der alltägliche Kampf ums Überleben oft nicht die nötige Kraft für demokratische Teilhabe übrig. Umso wichtiger ist es, auch in ihrem Sinne Entscheidungen voranzutreiben.